

ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT



TATblatt

Projekt
Wochentageszeitung

alle 14 Tage
brandaktuell

MINUS 60 NUMMER

(19/90)

20. NOVEMBER 1990

PREIS: öS 10,—

Wer war's?

Am 22. Feber 1990 ging unweit des Opernballs eine Schaufensterscheibe einer Billa-Filiale auf unerklärbare Weise zu Bruch. Der mutmaßliche Täter trug eine schwarze Sturmmitze mit roter Augenumrandung. Die Beschreibung paßte haarscharf auf rund zwanzig Luftballons, welche sich auch pünktlich zum Prozeßtermin beim Landesgericht einstellten. Trotz zahlreicher Widersprüche der Belastungszeugen wurde jedoch Georg X. zu 10 Monaten Haft, davon sieben bedingt, verurteilt. *Seite 6.*



St Pölten: **Neonazi- Aufmarsch**

Unter Polizeischutz und mit behördlicher Genehmigung marschierte die rechtsextreme VAPO unter der Führung des bekannten Neofaschisten Gottfried Küssel auf.
Seite 2.

Frankreich: **Jugendrevolte gegen Budget und Polizei**

Seit über einem Monat gehen hunderttausende Jugendliche auf die Straße um für bessere Lebens- und Ausbildungsbedingungen zu demonstrieren.
Seite 13.

Berlin: **Bürgerkriegsähnliche Polizeiangriffe auf besetzte Häuser**

Seit Montag, 12. 11., wurden im Ostteil der Stadt 16 besetzte Häuser trotz massiver Gegenwehr der BewohnerInnen brutalst geräumt. Das „einig Vaterland“ zeigt sein wahres Gesicht, auf *Seite 10.*

St. Pölten: Neonazi-Aufmarsch unter Schutz der Polizei

Am Samstag den 3.11.1990 marschierte die rechtsextreme VAPO ("Volkstreue außerparlamentarische Opposition) unter der Führung des bekannten Neofaschisten Gottfried Küssel in St. Pölten auf. Etwa 50 Neonazis konnten unter Schutz und mit Genehmigung der Polizei eine Demonstration und Kundgebung durchführen.

(TATblatt-Wien)

Die ursprünglich geplante Demonstrationsroute hätte durch ein Stadtviertel mit hohem AusländerInnenanteil führen sollen; damit wäre eine Konfrontation zwischen Neonazis und AusländerInnen vorprogrammiert gewesen. Das wollte die Polizei in diesem Fall wahrscheinlich deshalb verhindern, da Auseinandersetzungen im Rahmen einer von den Behörden genehmigten Demo das Image der Polizei weiter in Verruf bringen könnten.

Deshalb mußten die Faschisten eine andere Route wählen; gegen diese hatte die Polizei nichts einzuwenden. Im Gegenteil: eine Gruppe von AntifaschistInnen wurde von der Polizei des Platzes verwiesen, weil die Demonstration ordentlich angemeldet sei und sie deshalb nicht zu protestieren bräuchten, und außerdem könne sie nicht für ihre Sicherheit garantieren.

So konnten die Faschisten ungestört die Aufhebung der Parteien- und Vereinsverbote fordern, was eine Zulassung der NSDAP ermöglichen würde, sowie ihrer ausländerInnenfeindlichen Hetzparolen ("Ausländer raus!"...) in Form von Flugblättern und Transparenten freien Lauf lassen. Und der führende Kopf der VAPO, Gott-



Nazi-Aufmarsch in St Pölten

fried Küssel, konnte in seiner Rede jubeln: "Jetzt haben wir die Straße zurückgewonnen!"

Und St. Pölten war als Ort des Aufmarsches nicht rein zufällig gewählt worden. St.

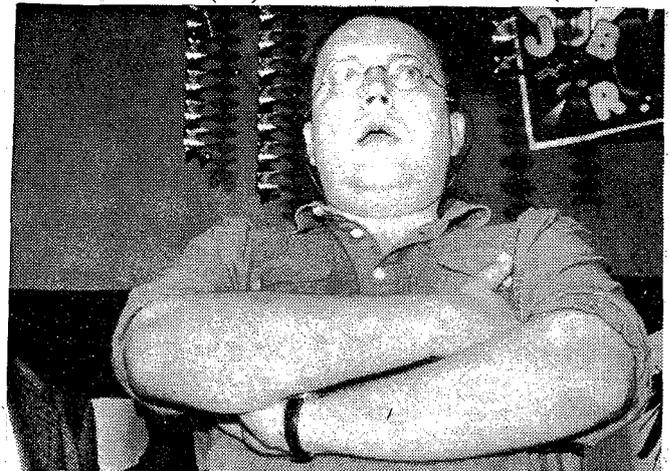
Pölten und Umgebung sind schon seit längerem Auftrittsorte von Rechtsextremen. So zog etwa in der Nacht vom 20. auf den 21.10.1990 eine Gruppe von Neofaschisten durch Krems, wobei ein KPÖ-Parteilokal, nach gescheitertem Versuch in dieses einzudringen, demoliert wurde. Oder in Langenlois: Dort unterhält der ebenfalls nicht unbekanntene Neonazi Hans Jörg Schimanek eine Art Ausbildungslager.

Dieser Aufmarsch der mili-

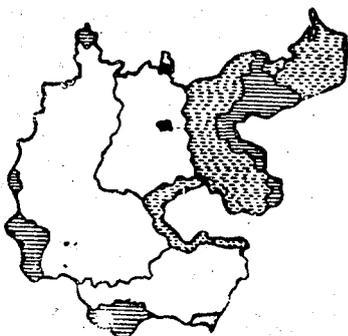
tanten Rechtsextremen in St. Pölten zeigt wieder ganz deutlich, daß die Polizei und der Staat kein Interesse an der Verhinderung neofaschistischer Aktivitäten haben. ●

Gottfried Küssel:

Bedeutende Person der (militanten) Rechtsextremen in Österreich, führender Kopf der "Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition — VAPO". 1986 hatte er zusammen mit acht anderen Neofaschisten in Wien eine Berufungsverhandlung wegen "Anlegen eines Waffenlagers, das geeignet ist, eine größere Anzahl von Menschen zum Kampf auszurüsten", in der er verurteilt wurde. Er leitete in Österreich im Jahre 1989 das "Komitee zur Vorbereitung des 100. Geburtstags von Adolf Hitler — KAH". Er unterhält gute Kontakte in die BRD; vor allem zu Michael Kühnen und dessen Flügel der FAP (Freiheitliche deutsche Arbeiterpartei). Im letzten Jahr konzentrierte sich seine Tätigkeit in Zusammenarbeit mit Michael Kühnen auf den Aufbau und die Unterstützung der extremen Rechten in der ex-DDR, vor allem der Nationalen Alternative (NA) und der Deutschen Alternative (DA).



WIR SIND EIN VOLK.



DEUTSCHE JUGEND
FÜR
DEUTSCHE EINHEIT !

⊕ VAPO

Postfach 209 Postfach 86 Postfach 21 Postfach 8
1181 Wien 4017 Linz 3010 Salzburg 8144 Tübingen

Aufkleber der "VAPO"

Hausdurchsuchung bei der ARGE für Wehrdienstverweigerung

Am Donnerstag, den 8. November, erschienen drei Polizeibeamte bei der Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit in Wien. Ihr Begehrt war, die Bürogemeinschaft (ARGE WDV, SCI, Anti-EG-Büro, ZAM, etc) nach einem Flugblatt zu durchsuchen, daß eigentlich verboten sein sollte. Zur Untermauerung dieses Wunsches legten sie sogar einen Durchsuchungsbefehl vor.

Das Glück war ihnen jedoch unhold. Die Suche blieb erfolglos.

Wir drucken aus diesem Grund ein Faksimile des verbrecherischen Flugblatts ab, quasi als Vorlage für weitere Such-Versuche. Und aus rein dokumentarischen Gründen. Wenn nicht gar zur Beweissicherung.

(Presseaussendung des "Personenkomitees zur Aufdeckung staatsfeindlicher Umtriebe")

Am 15. Oktober 1990 stürmten bestimmte Elemente gewisser Kreise das Gebäude der Stellungskommission Wien. Dabei kamen Flugschriften zur Verteilung, die das österreichische Bundesheer aufs größlichste verunglimpfen. Den Strafgesetzen zuwider ist nach Meinung der Staatsanwaltschaft Wien vor allem folgende, dem Pamphlet entnommene Kampfparole: "Gib deinem Leben einen Sinn! Widersetz dich, mißachte die Befehle der Militärs oder gehe gleich nach Hause. Das Nichtbeachten von Weisungen bei der Stellung oder die Verweigerung der ganzen Stellung ist keine Straftat, sondern lediglich eine Verwaltungsübertretung. Du unterstehst nicht dem Militärstrafgesetz."

Aus diesem Grund nahm die Staatspolizei auf richterlichen Befehl hin eine Hausdurchsuchung in den Räumlichkeiten der ARGE für Wehrdienstverweigerung vor. Um die chronisch erfolglosen Sicherheitsbehörden in ihrem Kampf gegen subversive Subjekte zu unterstützen, setzte das Komitee noch in der selben Nacht eine Kommission ein, die zur Unterstützung der staatlichen Ermittlungstätigkeit sofort zur Tat schritt und eine hochnotpeinliche Befragung der Mitglieder der "Gruppe für Totalverweigerung" durchführte.

Wir zitieren aus dem Protokoll:

"Die befragten Mitglieder erklären, daß gegen sie eine schamlose Campaign gewisser Kreise geführt werde. Sie selbst hätten ein reines Gewissen, wären bei nichts dabei gewesen, vor allem, wo sie doch ganz woanders gewesen wären. Prinzipiell erklären sie, daß sie sich an gar nichts erinnern könnten und außerdem niemals lügen würden. Vom Schreiben und Verteilen des Flugblatts hätten sie nichts bemerkt, seien sie doch meterweit entfernt gestanden. Inhaltlich könnten sie sich schon allein deshalb nicht mit besagtem Flugblatt identifizieren, weil sie sich immer schon zu Werten wie Pflicht, Heimat, Führer und Vaterland (welches auch immer) bekannt hätten und dies auch in ihrem Standardwerk 'Der Wehrgedanke bei Karl Lütgendorf' (Verfasser: Konstantin Frantz) dargelegt hätten.

Das Komitee nahm schließlich zur Kenntnis, daß nicht die Mitglieder der 'Gruppe für Totalverweigerung' besagtes Flugblatt geschrieben hätten, sondern lediglich deren Kugelschreiber."

Gezeichnet: *Geheimrat KURTIWEH*●

STELL DICH QUER

Die Stellung ist Deine erste Disziplinierung durch das Militär. Dein erster Tag in der "Schule der Nation". Sinn und Zweck Deiner Mutierung ist die Feststellung Deiner militärischen Nutzbarkeit als zukünftiger Soldat. Es geht nicht darum, ob Du in der Lage bist, im Krieg vor Knudberg zu bestehen, sondern ob sich aus Dir ein "guter", das heißt gehorsamer Soldat formen läßt. Und sei es nur, weil - wie Du im medizinischen Frageheft gefragt worden bist - Dein bisheriges Leben vollkommen sinnlos war.

Gib Deinem Leben wieder einen Sinn: Widersetz Dich, sei ungehorsam, mißachte die Befehle der Militärs oder gehe gleich nach Hause.

Das Nichtbeachten von Weisungen bei der Stellung oder die Verweigerung der ganzen Stellung ist keine Straftat, sondern lediglich eine Verwaltungsübertretung. Du unterstehst nicht dem Militärstrafgesetz.

TOTALVERWEIGERUNG

IM HEER HERRSCHT GLIED!

Seit vier Jahren beschäftigen sich in Wien Männer und Frauen der "Gruppe für Totalverweigerung" mit jeder Form der Verweigerung. Ein Arbeitsbereich ist die Verweigerung des direkten staatlichen Arbeitsdienstes, das heißt sowohl des Militärs als auch des Zivildienstes.

Durch die Verweigerung jeglichen Kriegsdienstes soll die Selbstverständlichkeit, mit der die ÖsterreicherInnen "ihrem Heer" gegenüberstehen, gebrochen und eine Diskussion über dieses sowie über Staat, Gewalt, Macht, Veteranen usw. angezettelt werden.

Diese Diskussion erscheint uns umso wichtiger, als das Bundesheer seine Legitimation, die nur vom Geschlecht der stalinistischen Regimes im "Osten" abhandeln gekommen zu sein schien (tatsächlich hat diese gewaltverherrlichende Diktatur nie über eine Existenzberechtigung verfügt), auf Kosten der Allerärmsten mit Gewalt wiederzuerlangen sucht. Es ist schon parvus, wenn ein Staat, eine Regierung, auf genau jene Menschen militärischen Jargonismus (von deren Unwissenheit und Abhängigkeit (von Industrieländern wie eben auch Österreich) erst in jahrzehntelanger ökonomischer und politischer Profiteure die absolute Menschenverachtung aber ist es, wenn diese Menschenhätze an der Grenze praktizieren soll, "besonders" "motivieren", wie es Lichal und Löschnek ausgedrückt haben.

Zugleich mit dem Beginn der nach Außen gerichteten Menschenhätze bies Lichal auch zum Heil nach Innen: Allen in Wien wurden in den letzten 10 Wochen 16 (in Worten: sechzehn) Personen wegen angeblicher Vergehen gegen Wehrgesetz oder Militärstrafgesetz inhaftiert. Es sind dies meist nicht-Menschen, die bewusst darauf verzichtet haben, Dienstleistungs- oder Einberufungsbefehl folge zu leisten, sondern vielmehr Obdachlose, denen die Befolgung menschlicher, menschlicher und Arbeitssicher, denen der tägliche Existenzkampf verständlicherweise wichtiger ist als die Befolgung menschlicher, menschlicher und sinnloser Befehle. Inman wird vorgeworfen, sich "listiger Umtriebe" bedient zu haben, um sich die Möglichkeit zu entziehen, gemäß § 58 Wehrgesetz können (und werden) sie zu Haftstrafen von bis zu einem Jahr verurteilt, wenn sie sich "gehasst" oder kein Geld für eine eigene Wohnung hatten. Soziale Not wird nicht mittels Unterstützung der Betroffenen, sondern ausschließlich mit deren gerichtlicher Verfolgung "bekämpft".

Gerade diesen —stimmlosen— Gefangenen gilt unsere Solidarität! Zweck unserer Aktion ist es unter anderem auch, die vielen Fälle von Inhaftierungen und daraus folgenden Rechtsbeugungen durch Bundesheer, Staatsanwaltschaft und Gerichte an die Öffentlichkeit zu bringen.

Wir werden den menschenverachtenden Zynismus des Bundesheers und seiner Verantwortlichen nicht mehr tatenlos hinnehmen.

Ab sofort wird mit aller Kraft ZURÜCKGEFLEGELT!

Kontaktadresse:
Gruppe für Totalverweigerung
c/o Antimilitaristische Gruppe Wien
Schottengasse 3a/1/39
A-1010 Wien
Tel.: 535 91 09

"Still gestanden!" "In Reih' und Glied gestanden!" Glied gestanden. Um(ge)fallen gestanden. Richtige Männer. STAHLhart und unbesiegbar. BumbummRambos. Frauenbeschützende WeiberHELDEN. Heldenkot. Helden tot. "Weiterkämpfen!" Bis zum letzten Mann. Vaterlandsgestorben. Ehrenggrab † VerdienstKREUZ. "Still gelegen!" "Still gestanden!" "In Reih' und Glied...!"

Kurzer Kommentar zum langen Verfahren....

§ 281

Wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder sonst auf eine Weise, daß es einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wird, zum allgemeinen Ungehorsam gegen Gesetze auffordert, ist mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr zu bestrafen.

§ 282

(1) Wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder sonst auf eine Weise, daß es einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wird, zu einer mit Strafe bedrohten Handlung auffordert, ist, wenn er nicht als an dieser Handlung beteiligter mit strengerer Strafe bedroht ist, mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren zu bestrafen.

(2) Ebenso ist zu bestrafen, wer auf die in Abs.1 bezeichnete Art und Weise eine vorsätzlich begangene, mit einer ein Jahr übersteigenden Freiheitsstrafe bedrohte Handlung in einer Art gutheißt, die geeignet ist, das allgemeine Rechtsempfinden zu empören oder zur Begehung einer solchen Handlung aufzureizen.

Weidmanns Unheil

Wie in allen österreichischen Jagdgebieten war auch im Jagdrevier Vitis am 3.11.90 die traditionelle Hubertusjagd angesagt: "fröhliches" weidmännisches Treiben, "echte Kameradschaft", Schnaps und die dazugehörige Portion "Jagdglück". Daraus sollte allerdings an diesem Tag nichts werden.

(presseaussendung)

Mitglieder der Tierschutzorganisationen FREE THEM und RECHT FÜR TIERE, die in den letzten Tagen Ort, Zeit und voraussichtlichen Verlauf der Jagd in Erfahrung bringen konnten, trafen um 08.00 Uhr bei einem an Jetzles angrenzenden Waldstück ein, wo die Hubertusjagd ihren Anfang nehmen sollte. An die 60 Jäger und Treiber zeigten sich anfangs noch erstaunt, als vor dem offiziellen Beginn der Jagd der Verantwortliche von den Tierschützern über die bevorstehende Aktion informiert wurde: Störung der Jagd mit friedlichen und gewaltlosen Mitteln, mit dem Ziel ihrer Verhinderung an diesem Tag. Die anfängliche Verwunderung der Jagdbeteiligten wandelte sich innerhalb kürzester Zeit in aggressivstes Verhalten. Symbolische und verbale Bedrohungen steigerten sich zu tätlichen Angriffen mit schweren Holzstöcken auf die AktivistInnen, als diese begannen, sich in den Bereich des Schussfeldes zu begeben. Nur durch das konsequente, passive und friedliche Verhalten der TierschützerInnen konnten diese verhindern, zusammenge schlagen zu werden.

Die verbalen Beschimpfungen spiegelten die gesamte Bandbreite weidmännischer Engstirnigkeit wider. Von gewöhnlichen und drohenden Beschimpfungen ("Ihr Arschlöcher, geht's aus dem Wald, sonst knallen wir euch nieder") über schlimmste sexistische Angriffe ("Wo sind denn die Huren aus Wien?") bis zu faschistischen gewalttätigen Bedrohungen ("Paß auf, du Kommunist, sonst kriegst den Gewehrkolben rein wie die Russen"), sahen sich die AktivistInnen zunehmend Unverständnis gegenüber. Als sich die Tierschützer daraufhin im Schußgebiet befanden und dieses nicht mehr verließen, verschärfte sich die Situation in erschreckender Weise zu kriegsähnlichen Zuständen: Obwohl bei Anwesenheit von Personen in einem Jagdgebiet das Schießen verboten ist, genossen Jäger und Treiber mit unglaublicher Dummheit die Angst der AktivistInnen bei den Warnschüssen, die über deren Köpfe hinweg abgegeben wurden. Trotzdem bewegten sich die TierschützerInnen, in greller Kleidung und durch lautes Rufen auf sich aufmerksam machen, weiterhin zwischen den Treibern und Jägern und riefen damit — entgegen ihrer Absicht — mehr und mehr Zorn und Gewalttätigkeit hervor.

Nach etwa zweieinhalb Stunden massiver Störung der Jagd, sahen sich die AktivistInnen außerstande, ihre Aktion fortzusetzen. In wenigen Minuten eskalierte die Gewalt von seiten der Jagdbeteiligten: Eine



Aktivistin wurde vermutlich von einer Schrotkugel am Oberschenkel gestriffen, drei weitere AktivistInnen wurden mit Stöcken und Fäusten angegriffen, geschla-

gen, sowie deren Kleidung beschädigt.

Die Forderungen der TierschützerInnen sind einfach und klar:

- Die Jagd ist eine völlig unzeitgemäße, ökologisch bedenkliche und besonders brutale Form der Ausbeutung der Natur und deshalb zu unterlassen.

- Streß, Angst und Qual der Tiere gehen über ein vorstellbares Maß hinaus und sind absolut abzulehnen.

- Der gerade bei Treibjagden besonders hohe Verbrauch von Bleimunition stellt eine enorme Umweltbelastung dar und ist zu verbieten

Ah, mir sind die Forderungen nicht ganz so klar, besonders Punkt 1 sehe ich etwas differenzierter. Ich meine, daß die Jagd an sich eine durchaus naturgemäße Sache und darüberhinaus ökologisch sinnvoll sein kann. Kommt nur darauf an, auf welche Art und mit welchem Ziel sie betrieben wird. Tatsache ist, daß die erhöhten Wilddichten durch Verbiß und Schädlung den Wald extrem schädigen bzw schwächen, Tatsache ist andererseits aber auch, daß diese hohe Wilddichte durchaus im Interesse der Jägerschaft liegt (mann will ja schließlich nicht ohne Beute heimkommen und zu diesem Zweck nicht allzu lange arsitzen müssen) und sie daher auch von ihr gefördert wird (durch Winterfütterung, Ausrotten bzw massivem Widerstand gegen Wiedereinbürgerung natürlicher Feinde).

*Punkt 3 erscheint mir etwas lächerlich, ich lasse mich aber auch gem eines Besseren belehren;
Ann. eines TATblattis*

Radfahren am Freitag

Ausgangssperre?

(TATblatt-Wien)

Es wird nicht mehr nur geradelt, bei den freitäglichen Fahrraddemos. Wenn fünfzig Leute die Räder irgendwo abstellen, und daraufhin auf einem Zebrastreifen die Straße überqueren, es sich daraufhin aber anders überlegen und wieder zurückgehen, um kurz darauf doch wieder über die Straße rüber zu wollen, kann dies den Verkehr auch ziemlich beeindruckend beruhigen. Dabei werden praktischerweise keinerlei Gesetze übertreten, denn als FußgängerIn hat man/frau auf dem Schutzweg nunmal Vorrang. (Freilich nur auf dem Papier, was nicht zuletzt die Unfallstatistik beweist. Bei dem am 9. November gewählten Schutzweg wurde erst eine Woche zuvor eine Person angefahren und getötet).

Wiederholtes gestrenges Vorgehen gegen ÜbertreterInnen der Straßenverkehrsordnung im Rahmen der freitäglichen Fahrraddemos hatte die RadlerInnen zu Modifikationen der Demonstrationstaktik veranlaßt. Penibles Einhalten der StVO verursacht allerdings nicht viel weniger Chaos als deren Mißachtung. Weshalb die Polizei kurzfristig in eine gewisse Verlegenheit geriet, die sie aber freilich nur allzurasch wieder ablegte.

Die beiden letzten Male hagelte es in der Folge Anzeigen nach der StVO, ganz ungeachtet dessen, ob diese nun übertreten worden war oder nicht.

So stellt nach Meinung der amts handelnden Beamten auch das ordnungsgemäße

Überqueren der Straße am Radwegübergang oder das Benutzen des Schutzweges eine ungebührliche Behinderung des Verkehrs dar, die angezeigt werden muß. Die Benutzung eines Radweges ist nach Meinung des einsatzleitenden Beamten Nr 90 sogar dann verpflichtend, wenn dieser, wie im Falle der befahrenen Margaretstraße nur in einer Richtung — nämlich der „falschen“ — befahren werden darf. RadlerInnen, die gemäß der StVO ordnungsgemäß die Straße benutzten, wurden angezeigt.

Zahlreiche Anzeigen gab es auch wegen nicht ordnungsgemäßen Zuständen von Fahrrädern (vor der Demo das nächste Mal unbedingt alles durchchecken: Licht, Seitenreflektoren, etc.!).

Am Rande der Demo dürfte es am 16. November auch zu einer, von den anderen DemonstrantInnen unbemerkten Festnahme eines vermutlich heimfahrenden Radlers gekommen sein. Genauere Informationen liegen uns dazu noch nicht vor. Die Festnahme wurde allerdings von der Pressestelle der Bundespolizeidirektion Wien bestätigt.

Die Einschüchterungen sollten uns freilich nicht einschüchtern. Wir sollten bloß gelegentlich unsere Taktik wechseln, daß die Polizei sich nicht schon vorher darauf einstellen kann.

In diesem Sinne: Treffpunkt jeden Freitag um 16 Uhr am Wiener Rathausplatz! •

Wichtig: Leute, die Anzeigen zugestellt bekommen, sollen sich unbedingt umgehend im Grünen Büro melden! Telefon (0222/52125-0)

Kein Meter mehr? Europaweiter Anti-Transit-Aktionstag

(TATblatt-Wien u.a.)

Kein Meter mehr! Das war, wie auch im TATblatt angekündigt, das Motto des europaweiten Aktionstages gegen den Straßen-

Transit-Verkehr, der am 15. November verstrichen ist.

Das war's dann mehr oder weniger auch schon. Würden noch im Sommer großartige

Pläne geschmiedet, an diesem 15. November, um Punkt 15.15 Uhr die wichtigsten Grenzübergänge Europas zumindest kurzfristig zu blockieren, versumperte der Aktionstag zwischenzeitlich zu einer phantasielosen Pflichtübung. Zumindest in Österreich. Über Aktionen an anderen Orten liegen uns bislang noch keine Informationen vor, wir werden sie im nächsten TATblatt selbstverständlich nachreichen. Insgesamt soll es europaweit zirka hundert sogenannte Aktionen gegeben haben, davon allerdings alleine 90 in den Niederlanden. Es folgte Öreich mit 8, knapp gefolgt von Norwegen mit 6, Frankreich mit 5 und Schweden mit 3. Die doppelte Bundesrepublik brachte es noch auf stolze 2, unter ferner liefen: Polen, CSFR, Ungarn und Finnland mit je 1.

Ein großartiger Erfolg dieses Tages würde dem Autor vorderhand einmal verwundern.

Die Aktivitäten in Österreich waren allesamt betont brav und zurückhaltend:

An der B 138 demonstrierten 30 bis 40 Leute, darunter auch einige der unmittelbar betroffene

nen Bauern und Bäuerinnen, die die FußgeherInnen mit ihren Traktoren einige Kilometer lang im Schrittempo begleiteten. Die dadurch erreichte Verkehrsverdünnung sollte in Zukunft die Regel sein, meinten die TeilnehmerInnen.

Die B 10 wurde eine Viertelstunde lang blockiert; die Stille und gute Luft war, wie ein Blockadeteilnehmer berichtete, köstlich, trotz der Kälte und des Nebels. Drei Minuten vor der vereinbarten Zeit allerdings machten die AktivistInnen einen Fehler, sie wollten schon auf die Straße gehen und die Transparente aufspannen: das wurde ihnen von der aufsässigen Exekutive verwehrt: der Verkehr könnte gefährdet werden, so lautete die Begründung der läppi-schen Schikane.

Im Dräutal ließen die AktivistInnen ein großes, aus vier Fußballnetzen zusammengesetztes Netz, das mit Spruchbändern bestückt war, über einen Tunnel auf die Straße hinab, wodurch etwa 40 LKWs in einen vorübergehenden Ruhezustand versetzt wurden.

In Lienz wurde die E 66 — ebenso wie auch auf italienischer Seite — blockiert.

In Graz wurde eine Pressekonferenz im Landhaus abgehalten, wobei dort bei der Gelegenheit gleich ein paar neue Autobahnen (auf)gebaut wurden. ●



Keinen Meter mehr! Oder doch noch einen, oder zwei ...?

(TATblatt-Wien)

Seit 1984 wird Widerstand gegen den Bau der Pyhrnautobahn, die für die Wirtschaft eine schnelle, bequeme und billige Verbindung zwischen Nord- und Südeuropa darstellen sollte, geleistet. Vor 4 Jahren wurde erstmals — durch eine Baustellenbesetzung — der Schritt in die Illegalität gesetzt, um zu zeigen, wie ernst es mit der Ablehnung des Projekts ist. Seither immer wieder Besetzungen und andere Aktionen.

Am internationalen Aktionstag, der die Entschlossenheit, in ganz Europa Widerstand zu leisten, demonstrieren sollte, ließen sich die Pyhrn-AktivistInnen wieder auf die "Nebenfahrbahn" abdrängen. Plötzlich wurde wieder friedliches Einvernehmen mit den Behörden und deren Vollzugsorganen groß geschrieben. Auf einer Fahrspur der B 138 marschierte ein stiller Demonstrationzug von Micheldorf Richtung Kirchdorf,

auf der anderen Fahrspur durfte derweilen wechselweise der Verkehr in beiden Richtungen vorbeidonnern, erleichtert durch bereitwilliges Anhalten der Demo, um den Fahrspurwechsel zu ermöglichen. Wie war doch gleich das Motto des "Aktions"tages ...?

Ein kurzer abschließender Aufenthalt am Straßenrand, irgendwo zwischen K'dorf und M'dorf, ermöglichte noch das volle Genießen des Schwer- und Individualverkehrs.

Eine Spontanaktion nach offizieller Beendigung der Demonstration scheiterte an der mangelnden Spontaneität der (möglichen) Beteiligten und dem "guten" Zureden der (unmöglichen) Nichtbeteiligten.

Einzig Bewundernswertes an der "Aktion": Einige Bauern und Bäuerinnen ließen es sich trotz diverser Repressionen (siehe TATblatt minus 61) nicht nehmen, weiterhin öffentlich gegen die Autobahn aufzutreten. Viel Liebe und v.a Kraft! ●

Georg, Gefangener der Opernballdemo 90, hatte am 8.11. Prozeß und wurde verurteilt. 10 Monate, 7 davon bedingt. Am 23.11. findet der Prozeß gegen Carsten statt, um 11 Uhr 15, wieder in der Florianig. 8. 1. Stock, "Saal" 3. Auffällig ist, daß jetzt, gleichzeitig mit der Medienhetzkampagne gegen die Antiopernballdemonstration, Verhandlungen durchgezogen und rasche Urteile gefällt werden. Generalprävention durch Aufrüstungsberichte in den

Zeitung (Wasserwerfer etc) und Repressionsurteile soll diese Demonstration verhindern. Deshalb kommt alle zu Carstens Verhandlung!

Der folgende Text ist ein Augenzeugenbericht von der Verhandlung gegen Georg. Genaueres im nächsten TATblatt.

Das Urteil.....

(Karl Dostal)

...lag auf dem Tisch. Überraschende Wendungen sind nicht eingeplant und finden daher nicht statt. Ausführliche Urteilsbegründungen werden angekündigt, damit klar ist, daß die Sache ihr Ende finden soll, möglichst bald. Und vor der Berufungsinstanz. Die Höhe des Urteils war wie erwartet, abgesehen (ca 3 Monate) unbedingt, ein paar restliche Monate (7) auf Bewährung ausgesetzt. Der Vorteil: Das Gericht zieht sich nicht zur Beratung zurück, keine unnütze Wartezeit, in der Hoffnungen auf wunderbare Ausnahmen keimen könnten. Den reibungslosen Ablauf stören konnten nur ein paar Luftballons, die vor dem Saalfenster im Wind hin und herpendelten. Schwarz, mit rot umrandeten Augenpaaren, lösten sie Gelächter aus, als der Zeuge Revierbezirksetc. novak gerade dabei war, zu erläutern was neu war: Ab jetzt werden DemonstrantInnen an ihrer Vermummung erkannt! Ein Qualitätssprung der Gerichtsbarkeit. Seine Folgen sind absehbar. Es genügt, jemand an seinem Palästinensertuch oder an ihrer Motorradhelmmunterziehhaube wiedererkannt zu haben, vor allem wenn dies durch beamtete Augen hindurch geschieht, und er/sie ist überführt. In diesem Fall des Einbruchdiebstahls bei Billa, der Sachbeschädigung durch Eindellen eines Kibarakübelaußenspiegels und des versuchten Widerstands (alles auf der Antiopernballdemo 90). Trotzdem hatten wir/einige ein sehr gutes Gefühl nach der Verhandlung. In 2 Wochen Vorbereitungszeit, hauptsächlich aber in den letzten Tagen davor wurde trotz etlicher Hindernisse und Bauchwehplenas einiges auf- und vieles auch wieder ab- oder kaltgestellt. Gelingen ist es, die Bullenzeugen durch Fragenstellen des Angeklagten verunsichern, sodaß sie sich in tiefere Widersprüche verstricken und teilweise auch anfangen, aus der Polizeischule zu plaudern. Bei diesem Punkt aber hatten sie sich am besten abgesprochen: "Dazu bin ich nicht verpflichtet, ihnen zu antworten. Amtsgeheimnis!", war die häufigste Antwort. Gelingen war es auch, die Mehrzahl der sechs ZuschauerInnenplätze zu besetzen. Allerdings nur durch stundenlange Warterei vor dem Gerichtssaal. Und durch viele intensive Gespräche davor und viel Detektivarbeit von einigen sehr lieben Menschen, war es auch möglich eine ziemlich ausführliche Erklärung abzugeben. Die sogar teilweise in manchen Zeitungsberichten wiedergegeben wurde. Ungefähr und gekürzt lautete diese: "Alle belastenden Zeugenaussagen stammen von Polizisten, auch wenn sich einer als Zivilperson ausgibt, der in Wirklichkeit Kriminalbeamter ist.

Einzig die Zeugin der Verteidigung ist eine wirklich unbeteiligte Privatperson. Diese Polizeiaussagen, die behaupten, alles genau beobachtet zu haben, widersprechen sich aber untereinander in allen Punkten, oft mehrmals oder auch sich selber. Nur in einem Punkt gibt es Übereinstimmung: Die Beschreibung eines "klassischen" Demonstranten, wie sie zu hunderten vorkommen, verummumt, mit Fahne, dunkle Kleidung etc. Das bedeutet: Das einzige Identifizierungsmerkmal ist die Vermummung. An sich schon absurd.

Gleichermaßen könnte behauptet werden, ein bestimmter Polizist sei an seinem Helm, seinem Schild und seinem Knüppel



wiedererkennbar. Das mobile Einsatzkommando (MEK), das die Festnahme durchgeführt hat, ist eine Eliteeinheit unter Führung von Oberstleutnant Smoliner, dessen Aufgabe es war, mit "Sektorwägen" (Mercedes 230 E, VW-Passat) herumzurasen und mit Sirenen und Blaulicht Angst zu verbreiten, Leute zu verprügeln oder festzunehmen. Zu einem Zeitpunkt, als DemonstrantInnen in größeren Gruppen zu Fuß auf für zivilen Kfz-Verkehr gesperrten Straßen unterwegs waren. Selbst wenn das MEK nicht, wie die Zeugin M. sagt, "mit quietschenden Reifen" herumgerast ist, sondern nur mit 25 km/h, wie sie selber behaupten, ist das viel zu schnell. Zur Erinnerung: Auf der Antiopernball-Demonstration 1988 wurde eine Demonstrantin von einem Polizeiauto mit nur 10 km/h überfahren (hier unterbricht der Richter) und lag dann wochenlang schwer verletzt im Krankenhaus. Wenn dieses MEK also in eine auf der Straße stehende Gruppe von Menschen hineinrast, ist es eine logische Reaktion, daß diese Menschen in Panik flüchten. Danach werden die flüchtenden verfolgt, der vordere Sektorwagen überholt sie und schneidet

vorne den Weg ab, der zweite hinten. Die Falle schnappt zu. Der langsamste wird erwischt und zum Haupttäter des Abends ernannt, weil dieser dringend für Erfolgsbilanz des MEK's notwendig ist. Diese Eliteeinheit hatte schon vor- und nachher andere schwere Beschädigungen erlitten und den ganzen Abend über nur diesen, einzigen "Täter" gefaßt. Die Tatsachen, verhaftet zu werden und verummumt zu sein, reichen für eine Verurteilung.

DemonstrantInnen sollen dem Zugriff, den Filmen und Archiven der Stapo ausgeliefert werden. Dieses Gericht gibt vor, Recht zu sprechen, ist aber an wesentlichen Widersprüchen uninteressiert. Offensichtlich soll hier ein rasches Urteil über Polizeikonstrukte hinwegtäuschen. Danach wurden alle Widersprüche vom Angeklagten aufgelistet. Zu viel, zu lang, zu komplex, um hier wiedergegeben zu werden.

Es ist unmöglich, aus derart widersprüchlichen und ungenauen Aussagen eine einzige herauszufinden, die halbwegs glaubwürdig ist. Vielmehr entsteht der Eindruck, daß hier nichts wirklich beobachtet worden ist. Trotzdem ist diese Gerichtsvollkommen uninteressiert an einer Aufklärung dieser "Unklarheiten", weil eine Verurteilung notwendig ist zum Schutz der Glaubwürdigkeit der Polizeiaussagen und zur Legitimierung der Prügelorgien.

Diese Demonstration soll unter allen Umständen verhindert werden (Unterbrechung durch den Richter). Angefangen von der Medienhetze über den Prügeleinsatz bis hin zu generalpräventiven Urteilen wird politischer Widerstand systematisch kriminalisiert. Dabei werde ich nicht mitwirken."

Diese Erklärung wurde von der Gerichtsschreiberin klarerweise nicht mitgeschrieben. Auch der Richter war daran wenig interessiert, nur zweimal unterbrach er den Angeklagten mit der Behauptung "das gehört nicht zur Sache". Ansonsten nutzte er die Zeit während der Erklärung, um eine Wespe zu fangen, die sich im Fenster verfangen hatte.

Notwendig war die Erklärung trotzdem, genauso die Fragen. Für den Angeklagten, für uns, um das Gefühl der Ohnmacht, den Respekt zu verlieren. Zu sagen, worum es eigentlich geht, war wichtig, um zu relativieren, was dieses Gerichtsritual darstellt. Diese staatliche Autorität als Farce und Methode der Repression zu begreifen und sie unbeeindruckt als solche zu benennen und exemplarisch zu beweisen, löste Freudensgefühle aus, denen das Urteil nichts anhaben konnte. Den gleichen Effekt hatten die langen Gesichter der anwesenden Staatspolizisten. ●

Es ist gelungen, einen politischen Prozeß zu führen

(Eine Frau)

Am 6.11. fand in Innsbruck der Prozeß gegen zwei Frauen wegen "übler Nachrede", begangen an einem Amtsarzt, der mit Bullerei und Feuerwehr eine dritte Frau auf die Psychiatrie hatte zwangseinweisen lassen, statt. Die einjährige Vorbereitung des Prozesses durch die "Frauensolidaritätsgruppe gegen Kriminalisierung von Frauenwiderstand" und die "Frauenantipsychiatriegruppe" zahlte sich aus, bis in Details hinein bestimmten wir den Ablauf des Prozesses mit: ca. 60 Frauen saßen in einem Saal für ca. 20, zehn Frauen, vor allem natürlich die zwei "Angeklagten", trugen ebenfalls Talare und diese Kappeln, wie heißen die bloß; wir standen weder vorher noch nachher auf, Prozeßbeobachtung klappte etc.. "Zu einem politischen Prozeß gehört auch das öffentliche Benennen der Praktiken und der gesellschaftlichen Funktion der Psychiatrie und der damit verbundenen Zwangseinweisung und Zwangs'anhaltung'. Andererseits heißt einen politischen Prozeß führen aber auch "Richtern und Staatsanwälten keine Information zu 'Tathergängen' zu geben und sich nicht auf ihre Logik von 'Recht' und 'Unrecht', von 'Schuld' und 'Unschuld' einzulassen." Aus diesen zwei Gründen lasen die zwei Frauen eine lang erarbeitete Prozeßerklärung vor, auf die Richter und Staatsanwalt mit Unterbrechungen, versuchter Unterdrückung, Verweisung der "Angeklagten" aus dem Saal (hier nahmen die Polizisten aus unerfindlichen Gründen dreimal irgendeine andere Frau und nicht die "Angeklagte" mit, der Richter (verzweifelt schreiend): "Das ist nicht die Frau Sowieso!") und schließlich mit Räumung des Prozeßsaales reagierten. Die Kieberer wirkten lächerlich bis hilflos. Die Einleitung der Predigt eines Kieberers (er, mit Funkgerät und Puffn an der Hüfte), im Saal zu bleiben, das sei doch Gewalt und "wir sind doch alle gegen Gewalt", wurde mit schallendem Gelächter quittiert. "Aber meine Herrschaften..." (nur Frauen weit und breit).

Trotz der ausführlichen Aus- und Absprache des Staatsanwaltes mit dem Amtsarzt in der "Pause" stellte sich ein wenig später heraus, daß der Herr Amtsarzt die Anzeigen bei der Bullerei und bei Gericht verwechselt hatte und demnach zwischen dem Zeitpunkt, daß er von dem "offenen Brief" erfuhr und seiner Anzeige bei Gericht mehr als sechs Wochen vergangen waren. Die Anwältin schien äußerst erleichtert. Wir aber auch. Der Richter hatte es nun in der Folge äußerst eilig, seinen Freispruch wegen Versäumung der Fristen loszuwerden, es konnte aber noch ein großer Teil der Prozeßklärung ("Zur Geschichte der Psychiatrie im Nationalsozialismus") durchgesetzt werden. Witzig zu sehen war, wie der Richter eine Atempause der Frau,

die den Text verlas, nützte, um schleunigst aufzuspringen, seinen Spruch "Im Namen der Republik etc. etc." herunterzurattern und sich dann erschöpft auf seinen Sessel fallen ließ. Inzwischen waren draußen jedoch Wannan und sehr viel Kieberei aufgeföhren (der Richter hatte mit einer zweiten Räumung des Saales gedroht), das Herausgreifen einzelner Frauen nach dem Prozeß wurde dadurch verhindert, daß wir verummmt in kleinen Gruppen in alle Richtungen das GEWALTige (und "Gewalt" ist ein negativ wertender Begriff, Frau Anwältin) Gerichtsgebäude verließen.

Die folgende Prozeßklärung kann aus Platzgründen leider nur zu Teilen abgedruckt werden, die gesamte Prozeßklärung ist im Infoladen Verteiler Nr.9 (erhältlich über 1050 Margaretengürtel 122-124/1/ Keller, Tel. 542307) nachzulesen.

Der Freude über den "Freispruch", folgte am Abend der Schock: die Anwältin verlangt 50.000 öS (da der Freispruch nicht wegen "Unschuld" war, sonder wegen den Fristen, ist die Anwältin selbst zu bezahlen). Ganz dringend: Spendenkonto PSK-Privatsparbuch, Nr. 17.614.991, Stichwort "Psychiatrie" •

PROZESSERKLÄRUNG (Auszug)

Wir begreifen die Psychiatrie, ihre Wissenschaft und ihre Anstalten als System der Ausschließung und Verwahrung, der Normierung und Disziplinierung von Frauen und Männern zum Schutze der Interessen der HERRschenden Normalität. Und HERRschende Normalität ist in unserer Gesellschaft eben die Macht der Männer über die Frauen, die Macht der Ehemänner, Väter, Vergewaltiger, ist die Macht des Staates, der Kirche und des Kapitals.

Zur Durchsetzung dieser Normalität wurden und werden verschiedene Institutionen er- und eingerichtet — eine ist die Psychiatrie. Sie gebraucht und rechtfertigt Mittel der Gewalt. Es gehört zu ihrem Alltag, daß Psychiater Zwangseinweisungen, Zwangsanhaltungen und Zwangsbehandlungen durchführen. Ärzte und Psychiater nennen ihre alltäglichen Praktiken Behandlung. Wir aber nennen die Verabreichung von Neuroleptika, die Anwendung von E-Schock und die Praxis der "Fixierung", d.h. das Anbinden ans Bett Knebelung und Folter. "Es gibt einfach keinen Mißbrauch der Institution Psychiatrie und es kann ihn nicht geben, weil diese Einrichtung selbst ein einziger Mißbrauch ist." (Szasz; Wahnsinn und Gesellschaft)

Die Geschichte der Psychiatrie ist von ihrem Entstehen bis heute eine Geschichte der Verwahrung, der Ausgrenzung und schließlich der Auslöschung.

Ob in Narrentürmen, in sog. Armenhäusern oder in den frühen psychiatrischen Anstalten, ob Anstaltswärter, Türhüter, Psychiater oder Pfleger — sie alle setzten und setzten ihre Ziele mit Gewaltpraktiken durch. Geändert haben sich die Mittel, der Wortschatz und der Stil. Aus Eiswassereinläufen in Scheide und Darm, aus Anbinden an Rotationsmaschinen wurden Neuroleptikabehandlung und E-Schocktherapie, aus Zwangsisolierung im Leinensack die Zwangsjacke, aus Beschimpfung zwangsverordnete Therapie.

Wie schon bei der Ermordung von Millionen von Frauen als Hexen durch die Inquisition hat auch der Nationalsozialismus, die Massenvernichtung von Jüdinnen und Juden, Psychiatrisierten und Behinderten, Kranken, Widerstandskämpferinnen, Lesben und Schwulen und sog. Asozialen, staatlich organisiert und wissenschaftlich legitimiert. Die über schrittweise Einschränkung von Lebensmöglichkeiten begonnene Ausgrenzung wurde im Nationalsozialismus bis zur Vernichtung derer, die als andersartig oder störend bezeichnet wurden, vollstreckt. Psychiatrisierte und Behinderte waren dieersten, die zwangssterilisiert und schließlich in Gaskammern, durch Todespritzen oder durch bewußtes Verhungernlassen ermordet wurden. Psychiater waren dabei nicht nur Handlanger der Vernichtung psychiatrisierter Patientinnen im Nationalsozialismus, sondern lieferten dafür Anregung, wissenschaftliche Legitimation und erstellten massenhafte Gutachten, die zur Vernichtung der Begutachteten führten. Die sog. "Freigabe der Vernichtung unwerten Lebens" oder die sog. "Erlösung der Menschheit vom Elend" hatten Mediziner, Psychiater und Juristen bei Psychiatrietreffen mehrfach gefordert. Sie verlangten rechtliche Grundlagen zur offenen Tötung von in ihren Augen zwecklosen, wertlosen, lebensunwerten, ökonomisch nicht verwertbaren und für den Staat zu teuren "Geisteskranken".

Die faschistische Phase der Psychiatrie ist aber keine Episode, sie ist kein Betriebsunfall, vielmehr der Höhepunkt einer kontinuierlichen Entwicklung. Deren Wurzeln liegen bereits in der Etablierung des Sozialdarwinismus, der biologischen Erklärung aller Lebensäußerungen und des Kosten-Nutzen Kalküls in der Gesundheitspolitik. Die Vernichtungsanstalten liegen nicht nur im damaligen Reichsdeutschland, sondern auch hier in Österreich. Begonnen hatte man mit der Tötung von psychiatrisierten

Kindern in Steinhof bei Wien und in Feldhof bei Graz. In Hartheim bei Linz wurden schließlich unter Aufsicht von Anstaltspsychiatern 20.000 Geisteskranke und 10.000 KZ-Häftlinge ermordet. Wir sehen dabei nicht nur die vernichtende Praxis der Psychiatrie im Faschismus, sondern auch ihre personelle und ideologische Kontinuität bis heute. Wir nennen nur einige Beispiele: Dr.

Heinrich Gross, Leiter der Kindereuthanasie im Spiegelgrund am Steinhof wurde nach kurzer Unterbrechung wieder Psychiater der selben psychiatrischen Anstalt und meistbeschäftigter Gerichtsgutachter Österreichs. Dr. Friedrich Stumpf, Leiter des NS-Instituts für Erbbiologie und Rassenlehre in Innsbruck, lehrte nach 1945 weiter am Psychiatrieinstitut in Innsbruck und

Wien. Dr. Otto Scrinzi, Stellvertreter von H.M. Schleyer im NS-Reichsstudentenwerk Innsbruck und derzeit offener Verfechter einer Reaktivierung des Sterilisationsgesetzes ist Primarius einer psychiatrischen Klinik und Gerichtssachverständiger in Psychiatriefragen.

Psychiatrien haben nicht aufgehört, Gewalt und Schmerzerfahrungen, besonders von Frauen, zu individualisieren und ihre Ursachen, wie auch im Faschismus, in biologischen und genetischen Voraussetzungen zu suchen. Das beweisen auch die vorrangig psychiatrischen Behandlungsmethoden, wie Elektroschock und Neuroleptika, die alle als sog. Heilung biochemische / biophysikalische Vorgänge im Zentralnervensystem beeinflussen und beeinflussen sollen. Neuroleptika sind jedoch tödende Nervengifte und die Praxis des Anbindens und der neu etablierenden E-Schocktherapie ist Folter.

Wenn wir von der Disziplinierungsfunktion der Psychiatrie reden, so meinen wir vor allem die Disziplinierungsversuche an uns Frauen. Über 60% aller Psychiatriepatientinnen und über 80% aller ambulant Behandelten sind Frauen.

Disziplinierung heißt für uns Frauen Zurücksetzung für Männer als einzigen Lebenszweck durch Zwangsheterosexualität als Norm, heißt das Hinnehmen von sexueller Männergewalt, wie Vergewaltigung, sexuelle Gewalt an Mädchen, Pornographie, Frauenhandel und sexuelle Übergriffe an allen Orten als natürliche Ordnung; heißt das Einfügen in die kapitalistische / patriarchale, geschlechtshierarchische Arbeitsteilung, die dem Großteil der Frauen die unbezahlte Haus- und Beziehungsarbeit und die schlechtbezahlte

Lohnarbeit zuteilt und heißt das Akzeptieren der Fremdbestimmung unserer Körper, Gebärfähigkeit und Sexualität.

Nicht nur die Psychiatrie, sondern auch alle anderen Institutionen der Disziplinierung und Normierung funktionieren erst im Zusammenwirken staatlicher Machtapparate. Gerade bei der Zwangseinweisung in die Psychiatrie treffen die Befugnisse der staatlichen Repressionsapparate zusammen. Das Gesetz legitimiert alle Mittel der Durchsetzung einer Zwangseinweisung, Polizeiarzt und Polizei führen sie mit Gewalt durch und Psychiater/Ärzte/PflegerInnen vollziehen die Zwangsaufnahme und schließlich auch die Zwangsanhaltung und Zwangsbehandlung. Die Entmündigungsordnung und das Krankenanstaltengesetz erlauben das Einsperren sog. Patientinnen und lassen einen Freiraum für die Zwangsbehandlung mit Neuroleptika und E-Schock. ●

NEIN zur Gewalt gegen Frauen 25. November: Aktionstag

Der Arbeitskreis Sextourismus und Frauenhandel in Österreich schließt sich dem Aufruf der lateinamerikanischen und karibischen Feministinnen zum internationalen Protesttag "NEIN zur Gewalt gegen Frauen" an.

(Frauensolidarität)

Ausgerufen wurde dieser Tag 1981 in Bogotá, Kolumbien, bei einem Treffen von Feministinnen anlässlich der Ermordung von drei Frauen in der Dominikanischen Republik 1960. Militärs des damaligen Diktators Trujillo hatten die drei Frauen, die ihre inhaftierten Männer besuchen wollten, verschleppt, vergewaltigt und ermordet. Seit der Ausrufung des 25. Novembers machen Frauengruppen in Lateinamerika durch verschiedene spektakuläre Aktionen auf — auch alltägliche — Gewalt gegen Frauen aufmerksam und wird dieser Tag als internationaler Protesttag begangen. 1988 griff auch GABRIELA, der regierungsunabhängige philippinische Frauen-Dachverband diese Idee auf und organisiert seither an diesem Tag Protestaktionen gegen jegliche Form von Gewalt an Frauen, sowie speziell gegen Sextourismus und Frauenhandel.

Seit einigen Jahren schließen sich Frauenorganisationen, -vereine und -gruppen in den Industrieländern an: AGISRA (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung) bereitet, wie schon in den vergangenen Jahren, verschiedenen Aktionen in der BRD vor. Heuer rufen sie vor allem zum Protest gegen die neuen Einwanderungsgesetze und die Frauenhandelsprozesse in der BRD auf. In Finnland plant beispielsweise die Organisation "Schwarze Augen" eine Straßenaktion, die die Situation von geschlagenen Frauen thematisiert, sowie eine Demonstration in der Innenstadt von Helsinki.

In Österreich ist dieser Tag bis heuer unbeachtet geblieben. Die Auseinandersetzung mit Gewalt gegen Frauen in Österreich ist besonders durch und in der autonomen Frauenbewegung zum Thema geworden; Sextourismus und Frauenhandel blieben jedoch ausgeklammert, als würden diese Probleme nichts mit unseren gesellschaftlichen Verhältnissen zu tun haben. Die österreichischen Medien stürzen sich zwar auf Einzelschicksale, wie beispielsweise das von Rosario Baluyott, doch das Aufzeigen der Teilhabe Österreichs an dieser brutalen Ausbeutung blieb jedoch aus. Vor drei Jahren war der Name Heinrich Stefan Ritter — ein oberösterreichischer Arzt — in aller

Munde, "Sextourismus ist schuldig am Tod eines jungen Mädchens", meldeten die Medien. 1986 hat er Rosario Baluyott einen Vibrator in die Scheide gesteckt, der abgebrochen ist. Sieben Monate später starb Rosario an dessen Folgen. Seither schweigen die Medien wieder über dieses Thema, die Reisebüros hingegen werben beflissen weiter. Eine aggressiv sexistische und rassistische Werbung, wie vor zehn Jahren noch anzutreffen war, hat sich bereits erübrigt, sie ist einer "diskreteren" gewichen, allerdings ist deren Folge nicht minder ausbeuterisch und gewaltvoll.

Seit April 1990 besteht nun auch in Österreich ein Arbeitskreis zu Sextourismus und Frauenhandel. Aufgabenschwerpunkte sind Schaffung eines Problembewußtseins in der Öffentlichkeit durch Informations- und Bildungsarbeit:

* Das Aufzeigen der Hintergründe und Zusammenhänge des Frauenhandels, speziell in Österreich.

* Das Aufzeigen der Probleme der Frauen, die von den österreichischen Sexkonsumenten betroffen sind.

An diesem Arbeitskreis interessierte Frauen erhalten nähere Informationen bei: FRAUENSOLIDARITÄT, Weyrgasse 5, 1030 Wien; Tel: 513 35 94/80 ●

(Wie immer ist das TATblatt an Berichten über diverse Aktionen zum Thema brennend interessiert!)



Dringend Hilfe für liberianische Flüchtlinge und Vergewaltigungsoffer benötigt

Das Frauenzentrum in Eket, Nigeria, sandte uns folgenden Brief, mit der dringenden Bitte um Unterstützung:

(womens's center)

Liebe Schwestern,

wie ihr wißt (wußten wir vorher nicht, Anm. d. Tipperin), sind wir ein Frauenzentrum, das für die Beendigung der Verstümmelung weiblicher Genitalien und aller traditioneller Praktiken, die das Leben der Frauen gefährden, wie Zwangsernährung (? richtig übersetzt?), Kinderehe, Polygamie und brutale Mißhandlung von Frauen und Kinder kämpft. Wir sorgen auch für direkte Hilfe für geschlagene, mittellose, alte und obdachlose Frauen; und wir kämpfen hart gegen die Verbreitung von AIDS unter Frauen. Durch Beratung, Verbreitung von Informationen über lokale Ereignisse, öffentliche Informationskampagnen über Radio, Fernsehen und Zeitungen, arbeiten wir daran, eine Meinungsänderung gegenüber Gewalt gegen Frauen herbeizuführen.

Der Bürgerkrieg in der kampffgeplagten Republik Liberia in Westafrika hat unsere bereits verschärften Bedingungen noch zusätzlich erschwert: Einige Frauen und Kinder haben ihr Leben riskiert und sind in

offenen Booten, aus Baumstämmen herausgehauen, über den Atlantischen Ozean in unser Zentrum geflohen. Unter ihnen sind fünf Frauen, die von den aufständischen Soldaten von Charles Taylors "Nationalen Patriotischen Front", der Hauptgruppe der Rebellen, die Präsident Samuel Doe stürzen wollen, vergewaltigt wurden und eine mit einer in die Vagina gestoßenen zerbrochenen Flasche.

Nach den Aussagen der Frauen, wurden diese Greueltaten an ihnen begangen, weil sie vom Stamm des Präsidenten Doe abstammen; als Vergeltungsmaßnahme dafür, daß liberische Regierungstruppen Stammesleute von Taylor, die verdächtigt wurden, die Rebellen zu unterstützen, töteten.

Als Frauen können wir gegenüber der mißlichen Lage dieser unglücklichen Frauen nicht gleichgültig bleiben und sie nicht aus unserem Zentrum wegschicken. Wir waren daher gezwungen, alle verfügbaren Vorräte zu verwenden, um diesen unseren "unerwarteten Fremden", die unter Hunger, Krankheit und Obdachlosigkeit leiden,

erste Hilfe und Unterstützung bieten zu können. Das hat unsere Finanzpläne verändert und unsere finanziellen Probleme vergrößert. Außerdem hat diese Situation auch einen sofortigen Bedarf an Hilfsmaterialien, wie zB Kleider, Schuhe und Medikamente verursacht. Zusätzlich stehen wir vor einer akuten Raumnot, da unsere Kapazitäten durch mehr Hausbewohnerinnen als vorgesehen überbeansprucht wurden.

Unter diesen Umständen appellieren wir ernsthaft und aufrichtig an Euch, uns zu helfen durch Spenden, was auch immer Ihr Euch leisten könnt; weil wir als nichtstaatliche feministische Organisation, die auf Spenden angewiesen ist, der Notsituation nicht gewachsen sind.

Spenden durch Schecks, Banküberweisungen oder internationale Postanweisung werden dankend angenommen und sollten **eingeschrieben** geschickt werden. Sachspenden, wie Kleider, Schuhe, Medikamente, etc, sollten mit "Charity Donation/Not For Sale" (Spende, nicht zum Verkauf) bezeichnet werden. Bitte hier kein Geld beipacken.

Adresse: Hannah Edemikpong
c/o Box 185, Eket
Akwa Ibom State,
Nigeria,
West-Africa •

Effie Biest

Verein zur Förderung feministischer Literatur, Kunst und Wissenschaft

Effie Biest ist ein in Innsbruck neu gegründeter Verein mit der Zielsetzung, feministische kulturelle Bestrebungen zu fördern und verschiedene kulturelle Frauenprojekte zu vernetzen. Neben der Organisation und Mitwirkung an Vorträgen sollen auch Werkstattgespräche, Lesungen, Ausstellungen und Konzerte veranstaltet werden. Geplant ist auch, durch Publikation und dokumentation von Frauenprojekten Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Das Interesse des Vereins richtet sich hauptsächlich auf weibliches Kulturschaffen in Österreich.

Effie Biest — gibt es seit Juli 1990

Effie Biest — entstand aus einer Uni-Frauenengruppe, die seit dem Wintersemester 1987/88 am Institut für Germanistik eine feministische Lehrveranstaltung anbietet;

— entstand aus dem Bedürfnis, mehr/andere/verschiedene Frauen anzusprechen

— verdankt ihren Namen unserem sowohl literaturwissenschaftlichen als auch feministischen Engagement

— ist die feministische Schwester von Effi Briest

— will Künstlerinnen aus ihren Verstecken, Wissenschaftlerinnen aus ihren Eifenbeintürmen locken;

— will in Tirol ein Forum für kreative engagierte Autorinnen, Musikerinnen, bildende Künstlerinnen, Photo- und Videokünstlerinnen, Wissenschaftlerinnen ... schaffen

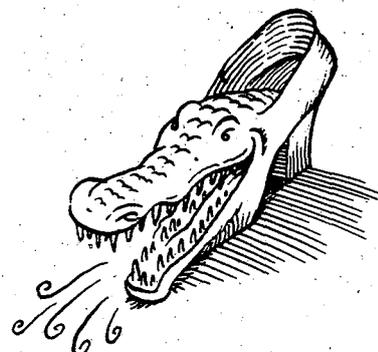
— organisiert Veranstaltungen

— bietet ihren Mitfrauen:
* ermäßigten Eintritt für alle ihre Veranstaltungen
* Information ins Haus
* die Möglichkeit, eigene kreative Ideen zu verwirklichen
* die Gelegenheit, gemeinsam ein Netzwerk aufzubauen

Kontakt: Effie Biest, Postfach 765, 6020 Innsbruck •

bezahlte Anzeige:

Die meisten schönen Schuhe sind nette kleine Folterkammern.



Gut zu Fuß sein und trotzdem mit der Zeit gehen: im ebenso fußgerechten wie schönen Schuh. Und Sie werden sehen: Unsere Auswahl und Beratung hat Hand und Fuß.

GEA

GehenSitzenLiegen

1080 WIEN, Heini Staudinger, Lange Gasse 24, Tel. 4083626
1010 WIEN, Himmelportgasse 26, Tel. 5121967

Häuserkampf in Berlin

“Der Tod ist ein Meister aus Deutschland...”

Vergangene Woche eskalierte in Berlin der Häuserkampf. Geht es für die einen um die Durchsetzung des Rechtsstaats und um wahltaktische Schiebereien, so geht es für die anderen um ihre Existenz. Seit Montag, 12. 11., wurden im Ostteil der Stadt 16 besetzte Häuser trotz massiver Gegenwehr der BewohnerInnen brutalst geräumt. Über 500 Festnahmen. Über 200 Verletzte. Das “einig Vaterland” zeigt sein wahres Gesicht.

(TATblatt-Wien)

Montag, 12. November:

Am Montag morgen wird die Nachricht verbreitet, 3 Häuser in den Ostberliner Bezirken Friedrichshain und Prenzlauer Berg seien von der Polizei geräumt. Die Gegenwehr der Vertriebenen aus der Pfarr- und der Cotheniusstraße beschränkt sich auf Rangeleien. Der Großteil der Leute flüchtet sich in die 13 besetzten Häuser der Mainzer-Straße. Doch auch der Angriff auf diesen Straßenzug ist schon von langer Hand vorbereitet.

Gegen 15 Uhr dringen Wasserwerfer in die “Mainze” vor, die Häuser werden erstmals mit Tränengas eingedeckt. (Das international geächtete Reizgas CS kann den Tanks von Wasserwerfern beigemischt und gezielt wie flächendeckend eingesetzt werden.) Zu diesem Zeitpunkt sind noch keine Barrikaden errichtet, die Befestigungen an Fenstern und Türen dienen einer Abwehr von immer häufigeren Angriffen militanter Faschisten, dem hochgerüsteten Polizeiparaparat halten sie aber nicht stand. Noch aber spricht sich der Magistrat des Bezirks Friedrichshain (Ostberlin) gegen eine Räumung aus. Noch liegt kein Strafantrag der Hausbesitzer vor, der für eine Räumung nötig ist. Die Bullen ziehen sich vorerst auf die die Mainzer-Straße querende Frankfurter Allee zurück. Die BewohnerInnen der Mainze beginnen sich auf die Verteidigung ihrer Häuser einzurichten, Barrikaden sollen den Zugang von der Frankfurter Allee und der Boxhagener Straße von der anderen Seite versperren.

Während einer Vollversammlung der BewohnerInnen am Montag abend erfolgt der zweite Angriff durch die Polizei. Die Barrikaden halten, was sie versprechen, der Angriff wird abgewehrt. Die BewohnerInnen sind allerdings einer extremen CS-Gasbelastung ausgesetzt. Noch in der selben Nacht finden zwei Demos statt: Gemäßigte Gruppen treffen sich am Breitscheidplatz zu einem Fackelzug, das autonome Spektrum organisiert am Frankfurter Tor, unweit der umkämpften Mainzer-Straße.

Dienstag, 13. November:

Um Mitternacht herrscht in Friedrichshain der Ausnahmezustand. Der Bezirk ist vollgeproppt mit Polizei, die Mainzer-Straße ist beidseitig abgesperrt, das Betreten nur bei polizeilicher Meldung erlaubt.

Um 14 Uhr erfolgt der dritte Angriff. Wasserwerfer, Räumpanzer und Gas kommen zum Einsatz. Der beherzten Gegenwehr der BewohnerInnen und Vermittlungsversuchen durch Menschen der Berliner AL, dem Neuen Forum und anderen ist

es zu verdanken, daß die Polizei die Barrikaden nicht überwinden kann. Die Provokationen durch die Polizei reißen aber nicht ab. Immer wieder wird die Straßenschlucht der Mainze eingegast. Trotzdem kann abends noch ein Straßenplenum sowie Kiez-(Stadtteil-)Palaver mit AnwohnerInnen durchgesetzt werden. Den Leuten sitzt die Angst im Nacken, große Teile der Bevölkerung stehen aber solidarisch zu den InstandbesetzerInnen der über Jahre hinweg verrotteten Gebäude.

Mittwoch, 14. November:

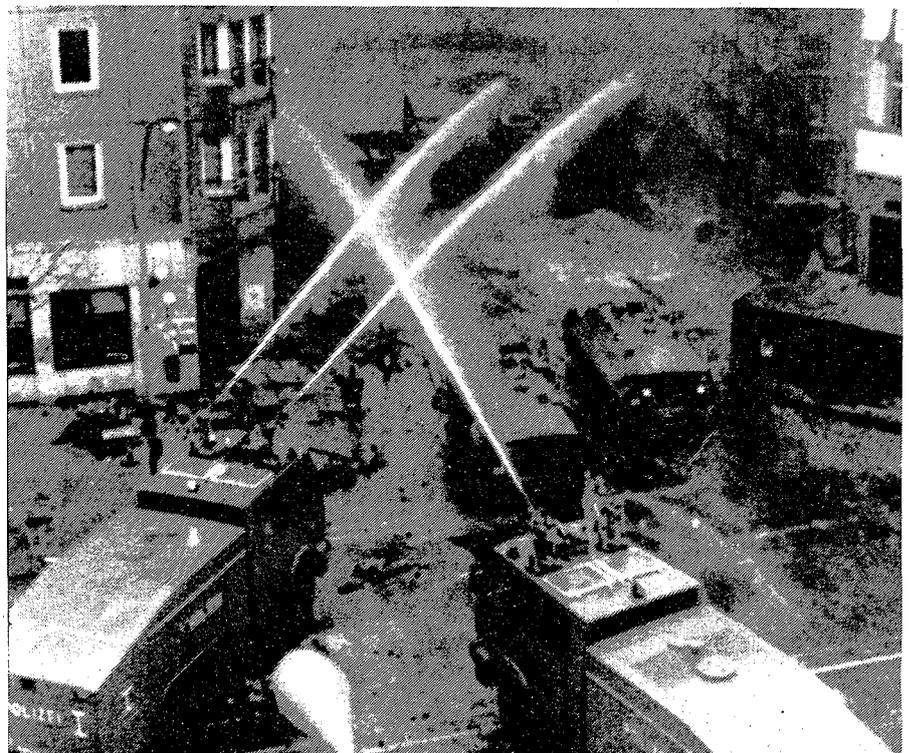
Am Mittwoch — inzwischen liegt ein Strafantrag der Hausbesitzer, der Nachfolgesellschaft der Kommunalen Wohnungsverwaltung, vor, verantwortliche Politiker sind für die UnterhändlerInnen der BewohnerInnen (zB Bärbel Bohley vom Neuen Forum) nicht erreichbar — wird der entscheidende Schlag gegen die Mainze geführt. Über Nacht wurden Einsatzkräfte aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen beigezogen, Sondereinsatzkommandos (SEK) und Truppen vom Bundesgrenzschutz (BGS) verstärken die Berliner Polizei. Die ganze Nacht über hängen Gaschwaden in der Straßenschlucht der Mainzer-Straße.

Ab 7 Uhr beginnt der großangelegte Angriff der Polizei, der nach zweistündigem Kampf an den Barrikaden zum Sturm der 13 Häuser führt. Ca 400 BewohnerInnen stehen 4.000 Polizisten gegenüber (Mittel-

bayrische Zeitung). Mit Hubschrauberunterstützung (CS-Gasgranaten), Wasserwerfer und Räumpanzer werden die Barrikaden durchbrochen, Spezialeinheiten dringen mit Enterhaken über die Dächer in die Häuser ein. Von dort aus “wurde die Phalanx der Besetzer auf der Straße und in den Häusern förmlich aufgerollt” (Süddeutsche Zeitung). Im Inneren der Häuser werden zusätzlich Gummigeschoße eingesetzt, mindestens drei mal schießt die Polizei scharf(!), ein Bewohner wird am Fuß getroffen. Über 100 weitere werden zT schwer verletzt (“Verletzungen” infolge der ständigen extremen CS-Gasbelastung — Folgeschäden! — nicht miteingerechnet), 325 Personen werden abgeführt.

Noch am Nachmittag kommt es zu einer Demonstration, an der sich 10.000 Menschen beteiligen. Die Polizei hält sich vorerst überraschenderweise zurück, als aber am Alexanderplatz und am Strausbergerplatz von einem massiven Polizei-/BGS-Aufgebot eingeschüchert viele Menschen die Demonstration verlassen, sehen die Polizisten am Frankfurter Tor ihre Chance. Bei den folgenden Auseinandersetzungen werden wieder um die 100 Leute festgenommen.

Von den am Mittwoch festgenommenen 325 Personen befinden sich am Donnerstag abend noch 11 in Haft und sollen dem Haftrichter vorgeführt werden. Den Großteil der anderen erwarten Anklagen wegen



Landfriedensbruch, Körperverletzung usw. Eine Prozeßflut ist zu erwarten, der Kriminalisierung der InstandbesetzerInnen wird in den Medien bereitwillig Vorschub geleistet: "Es war reine Mordlust!" Für die über 300 Festgenommenen gab es keine Möglichkeit, AnwältInnen zu kontaktieren, umgekehrt war es AnwältInnen und Ermittlungsausschuß (Rechtshilfe) unmöglich, zu den Gefangenen durchzudringen.

Solidaritätsaktionen sind bekannt aus Hamburg, Hannover, Köln, Düsseldorf und Münster. Dabei gingen Bankscheiben zu Bruch, einige Auslagen wurden geplündert. Allerdings kam es auch dabei zu mehreren Festnahmen.

Für Sonntag, den 18. 11. ist eine bundesweite Demo in Berlin geplant. Tenor: "Mainze ist unser. Wir holen uns unseren Lebensraum zurück!"

... ein paar Hintergründe:

Die Häuser in der Mainzer-Straße waren seit Sommer besetzt. Unter den BewohnerInnen waren viele WestberlinerInnen, die dem Repressionsdruck im Westteil der Stadt ein Stück entfliehen wollten. Unter anderem wurde in der Mainze sowohl ein Schwulen-, wie auch ein eigenes Lesbenhaus gegründet.

Die Wohnungssituation in Berlin ist katastrophal. 70.000 Wohnungssuchende zählte mensch schon in Westberlin, es fehlen 145.000 Wohnungen (Die Welt), allein in Ostberlin stehen dafür an die 30.000(!) Wohnungen leer. Die Gebäude befinden sich in einem miserablen Zustand, für Ostberlin wären geschätzte 2 bis 3 Milliarden Mark für Sanierungsarbeiten nötig — jährlich. Auf dem herkömmlichen (gesetzlichen) Wege bedeutet Sanierung aber auch Mieterhöhung, die Mieten sind jedoch in der Wirtschaftsgroßmacht BRD schon heute für immer mehr Menschen unerschwinglich.

Von Seiten der Herrschenden waren die brutalen Einsätze gegen InstandbesetzerInnen keineswegs "überzogene Reaktionen", sondern der gezielte Versuch, die Speerspitze sozialer Unruhen zu brechen.

"Die Polizeiaktionen richten sich nicht, wie in den Medien oft behauptet wird, gegen Randalierer und Chaoten, sondern gegen Menschen, die sich gegen die unmenschliche Politik zur Wehr setzen, die nun auch hier den Menschen übergestülpt werden soll." (Flugblatt aus Berlin)

Die parlamentarische Ebene:

Nachdem die Berliner Alternative Liste als Koalitionspartnerin der SPD im Berliner Senat oft genug ihre Staatstreue und Ergebnis unter Beweis gestellt hat, besinnt sie sich nun — 2 Wochen vor der nächsten Wahl — ihrer Wurzeln. Zuerst stellte sie im Stadtparlament einen Mißtrauensantrag gegen Bürgermeister Momper (SPD), der sich voll und ganz hinter den Polizeieinsatz stellt, Hand in Hand mit der CDU, deren Vorsitzender Diepgen fette Beute gerochen hat: Er will Momper stürzen, weil der Sturm den Chaoten Raum zum Randalie-

ren geboten hätte — viel fester hätte eben d'raufgeschlagen gehört.

Mittlerweile hat die AL der SPD die Zusammenarbeit aufgekündigt, aber Gespräche nach den Wahlen sind ja immer möglich ...

... und ein paar Folgen?!:

Vieles deutet darauf hin, daß die Erstürmung der Mainzer-Straße erst der Auftakt war. 16 Häuser wurden diese Woche geräumt, 112 sind allein im Ostteil der Stadt noch besetzt! Dabei wird vom Berliner Senat und hauptsächlich von (ehemals) Westberliner Politikern die "Berliner Linie" verfolgt.

Derzufolge soll den BewohnerInnen von Häusern, die vor dem 24. Juli besetzt worden sind, Verhandlungen über Nutzungsverträge angeboten werden. Häuser, die nach diesem Stichtag besetzt wurden, sollen bedingungslos geräumt werden. Davon sind in Ostberlin 40 direkt betroffen! Die Herrschenden verschwenden auch weiterhin weder Zeit noch Mühe, zwischen "guten" und "bösen" BesetzerInnen zu unterscheiden. Spalte und herrsche — ein altgedientes Mittel. "Böse" sind dabei nicht nur jene, die die "Besetzungsfrist 24. Juli" versäumt haben, "böse" sind jene, die

über die ursächliche Beschaffung von Wohnraum politische Ansprüche erheben. "Böse" sind jene, die als Beispiel gelten könnten, die zeigen, daß Widerstand Sinn hat.

Die, die sich den scheinheiligen Verhandlungsangeboten des Senats verwehren, oder die in den Verhandlungen zu unfairen Bedingungen über heuchlerische Angebote von ihren wichtigsten Standpunkten nicht abrücken, sollen jetzt als Randalierer und Chaoten diffamiert und kriminalisiert werden.

Andererseits soll die erfolgreiche Erstürmung der Mainzer-Straße den Mächtigen als Beispiel dienen. Die Medien kolportieren nun schon das Bild der zaghaften Zauderer von Hamburg, die bereit waren, mit den BewohnerInnen der Hafenstraße Mietverträge abzuschließen. Daß es sehr wohl auch anders geht, das zeigt ihnen nun Berlin. ●



Köln:

Durchsuchung wegen der AGITARE BENE

(Quelle: Interim 1. Nov.)

Am 24.10.90 wurden in Köln die Geschäftsräume der Sozialistischen Selbsthilfe Köln (SSK) in der Liebigstraße und der "Andere Buchladen" auf der Zülpicherstraße durchsucht.

Zur Erklärung: Die Kontaktadresse der AGITARE BENE (Zeitung aus dem autonomen Spektrum) ist mit der der SSK ident.

Als offizielle Begründung ist der Verdacht auf Werbung nach § 129a ("Werbung, Unterstützung und/oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung") angegeben worden. Daß die Polizei — Beamte vom Landeskriminalamt (kurz LKAler) in Begleitung von 50 Einsatzbullen — jedoch auch an Hinweisen über Herstellung und Verbreitung der Zeitung interessiert war, liegt auf der Hand. Das Gebiet um die SSK wurde abgesperrt und Personen daran

gehindert, das Gelände verlassen bzw. betreten zu können. Durchsucht wurden nicht "nur" Geschäftsräume, es gab auch den Versuch in Privatzimmer einzudringen, unter anderem galt dabei die Suche einer Schreibmaschine, um Schriftproben nehmen zu können. Von allen anwesenden Menschen wurden Personalien aufgenommen und die Post der vorhergehenden Woche beschlagnahmt. Gegen die Vorstandsmitglieder von SSK und Buchladen laufen Ermittlungsverfahren wegen § 129a

In dem Durchsuchungsbeschluß wurden durchwegs Artikel, die sich auf Hungerstreiks der politischen Gefangenen in Spanien, BRD beziehen, die Anschlagserklärungen, Prozeßerklärungen und Einladungen zu Aktionstagen beinhalten, kriminalisiert. ●

Erklärung der RAF

(Rote Armee Fraktion)

So, jetzt liegen also angeblich unsere Aktionspläne in der Hafensstraße. Mehr noch: Wir hätten dort unsere "Kommandozentrale".

- Den Aktenkoffer, den wir Braunmühl abgenommen haben, den sollen wir schnell mal in der Kiefernstraße abgestellt haben;

- auf einen wie Kiechle hätten wir einen Anschlag geplant;

- Pläne für unsere Aktionen kämen von unseren Genossinnen und Genossen, die im Knast in der Isolation gefoltert werden;

und, und, und,.....

Die Liste dieser Staatsschutzlügen ließe sich endlos fortsetzen.

In die neuen großdeutschen Weltmachtpläne passen 20 Jahre bewaffnete Politik genausowenig, wie die Existenz selbstbestimmter Lebensräume — um so weniger, als nach dieser langen Zeit einfach klar ist, daß Widerstand hier seine Begründung in der gesellschaftlichen Realität hat, daß es immer wieder und immer mehr Menschen gibt, die mit diesem System, in dem Geld und Macht alles, dagegen die Menschen, ihre Würde und Moral ein Dreck sind, ein für alle Mal Schluß machen wollen.

Deswegen soll der Hafen weg. Und weil der Hamburger Senat das nicht schnell genug durchzieht, hat es die Bundesanwaltschaft in die Hand genommen und natürlich sollen da wieder einmal wir als Begründung herhalten.

Wir sagen gegen diese Lüge: Es gab und gibt keine Pläne von uns in der Hafensstraße, noch gibt es "legale" Mitglieder der RAF — weder im Hafen, noch gibt es die überhaupt.

Die RAF ist eine bewaffnet kämpfende Gruppe, die aus der Illegalität operiert, also alle, die heute in der RAF kämpfen, sind illegal, und das war zu keiner Zeit anders. Diese Tatsache ist den Staatssicherheitsbehörden bekannt — auch wenn sie von sich sagen, daß sie nicht viel von uns wissen, was stimmt.

Der Hafen soll weg, weil er seit Jahren dafür steht, daß die Durchsetzung selbstbestimmter Lebensräume hier möglich ist. Der Angriff gegen den Hafen soll aber a u c h als "Schlag gegen die RAF" präsentiert werden, weil national wie international der Druck auf den Staatsschutzapparat wächst, endlich Erfolge gegen uns vorzuweisen, nachdem sie seit der Verhaftung von Eva Hauke 1986 niemanden von uns mehr gekriegt haben.

Nach diesem Muster lief schon die Verhaftung von Ute Hladki und Holger Deilke, die nach unserem Angriff auf Herrhausen als "Fahndungserfolg" gegen uns verkauft

worden ist, obwohl der Staatsschutz von Anfang an wußte, daß die beiden nicht in der RAF waren.

Und um das auch mal klar zu stellen: Die beiden haben niemanden und nichts für uns ausgeheckt.

Unsere Aktionen planen und führen wir von Anfang bis Ende selbst durch. Die Staatsschutzkonstruktionen, nach denen wir unsere "Knechte" für die "Drecksar-



rote armee fraktion
24.9.1990

beit" hätten, sollen zum einen die Kriminalisierung von Leuten aus dem Widerstand, die legal leben, propagandistisch abstützen: und sie sollen suggerieren, daß es auch hier nicht anders läuft als im System selbst, nämlich daß es Chefs gibt und Befehlsempfänger. Daß das Bedürfnis von vielen, daß Menschen frei und selbstbestimmt zusammenleben, nirgends — auch im revolutionären Kampf nicht — zu realisieren sei.

Jetzt, im Rahmen der Hetze gegen den Hafen, kochen sie die wildesten Konstruktionen zusammen. Da sollen wir dann in jeder Küche sitzen. Da, wo wir wirklich waren, halten sie diese Tatsache zurück, wenn es ins politische Kalkül paßt. Über die lange geplanten Verhaftungen von Ex-Militanten in der DDR sollte wieder einmal der angebliche Endsieg über uns gefeiert werden; da paßte es natürlich überhaupt nicht, daß wir einige Tage vor der Verhaftungswelle dort die Pfingsteinnahmen aus einem MASSA-Markt bei Duisburg enteignet hatten (der ganze Ablauf war so, daß das BKA sofort Bescheid wußte).

Karl Heinz Gerum und Corinna Kammermeier sind nicht bei uns, weil sie das nicht wollen und wir wollen das auch nicht.

Wir haben lang überlegt, ob wir überhaupt öffentlich darüber reden sollen, weil es nicht unser Bier ist, BKA-Fahndungsli-

sten zu kommentieren. Wir haben uns dafür entschieden, zu einem Ausschnitt was zu sagen, weil wir nicht wollen, daß über die falschen Orientierungen, die seit langem in der Szene gepusht werden, GenossInnen und Genossen für Jahre im Knast verschwinden. Das Kalkül der haargenauen öffentlichen Beschreibungen der angeblichen Organisationsmethoden in Verbindung mit der RAF-Fahndung gegen die beiden ist, solche Methoden als "unsere" in die Diskussion zu bringen.

Aber was da als Möglichkeiten illegaler Organisation behauptet wird, GEHT NICHT!

- sich hier ein Haus zu mieten unter falschem Namen (es gibt die Rasterfahndung seit den 70er-Jahren und Rolf Heissler sitzt deswegen seit über zehn Jahren im Knast)

- daß "Zielfahnder des BKA" einen, (der) gesucht wird, nicht finden, obwohl der monatelang bei seinen Eltern lebt.

Das sind nur zwei von vielen Beispielen. Das Niveau, das die Geheimdienste heute haben, ist viel höher, und die ganzen Veröffentlichungen haben den Zweck, diejenigen, die es noch nicht besser wissen, und die anfangen, sich so zu organisieren, daß der Apparat nichts mitkriegen soll, auf falsche Kriterien zu bringen. Die Leute sollen an der langen Leine des

Verfassungsschutzes laufen, der die Informationen über sie sammelt, um dann zuzuschlagen, wenns politisch gebraucht wird.

GEGEN DEN SPRUNG DER WESTEUROPÄISCHEN BESTIE UNSERERN SPRUNG IM AUFBAU REVOLUTIONÄRER GEGENMACHT

Die tatsächlichen Beziehungen zwischen Menschen, die den revolutionären Prozeß hier organisieren, haben mit dem ganzen Dreck, den die Staatsschutzlügen behaupten, nichts zu tun.

Natürlich haben wir Kontakte zu Leuten aus den unterschiedlichsten Zusammenhängen, weil wir die Diskussion mit vielen wollen und brauchen. Denn alle, die den revolutionären Prozeß hier weiterbringen wollen, müssen die Situation und die Prozesse in der Linken und im Widerstand überhaupt genau verstehen. Und außerdem geht es für uns darum, mit Genossen und Genossinnen, die in anderen Kämpfen drin stecken und deren Zielvorstellungen sich mit den unseren decken, darüber zu diskutieren, wie wir zusammen zu größerer Kraft und Stärke kommen können. •

Frankreich: Jugendrevolte gegen Budget und Polizei

Seit mehr als einem Monat finden in Frankreich beinahe ununterbrochen Demonstrationen von SchülerInnen und Schulstreiks statt.

(alexander)

Die neue Bewegung besteht in erster Linie aus SchülerInnen — nicht aus StudentInnen — und andererseits aus SchulabgängerInnen, bzw. arbeitslosen Jugendlichen. In beiden Gruppen ist der Anteil sowohl von Schwarzen, als auch von Leuten aus dem Maghreb (AraberInnen und Nicht-AraberInnen aus dem Nordwesten Afrikas) sehr hoch. Im Gegensatz zur *Bewegung von 1986* — die ein Jahr vor der unerwarteten Explosion studentischen Unmuts in Österreich stattfand und hier kaum registriert wurde, und zwei Jahre nach den ersten italienischen SchülerInnen- und StudentInnenprotesten (um nicht zu reden von den griechischen, spanischen, ungarischen und afrikanischen Bewegungen und Protesten) —, die sich vorrangig gegen die unbarmherzige und irrationale *Selektion* an den französischen Schulen richtete, bedeutet diese Bewegung sowohl sehr weitgehende und konkrete Reformforderungen für den Ausbildungssektor, als auch einen breiten Angriff gegen den autoritären Staat, die Arbeitslosigkeit, die Polizei, die Anonymität, die Konsumgesellschaft.

Dabei muß darauf hingewiesen werden, daß die enormen Gebäudekomplexe, in denen in Frankreich an einem Ort oft mehrere Schultypen zusammengefaßt werden (*lycée* bedeutet Allgemeinbildende Mittel- oder Oberschule, daneben gibt es auch Fach-Lycées), zu Riesenagglomerationen, wahren Schulstädten geworden sind: in einigen Fällen umfassen sie sogar mehr als *4000 SchülerInnen!* Sie sind zu wahren Städten innerhalb der trostlosen und zahlreichen französischen Satellitenstädte geworden, zwar architektonisch von derselben brutalen Eintönigkeit und in ihrer verwüstenden Unmenschlichkeit kaum zu unterscheiden von den sie umgebenden "Schlafstädten", sind aber doch aufgrund des Vorhandenseins von Cafés, Sportanlagen und einem Bißchen von Infrastruktur, das "draußen" oft gänzlich fehlt, zu *den* sozialen Orten, Treffpunkten geworden, die die Satellitenstädte nicht mehr bieten. Das zieht auch Jugendliche "von außerhalb" an. Dazu kommt, daß

proletarische Familien, insbesondere ausländischer Herkunft, wegen der trostlosen Arbeitslosigkeit ihre Kinder zunehmend auf die französischen Schulen schicken. Somit verstärkt sich das proletarische und kosmopolitische Element sowohl an den Schulen selbst, als auch durch den mitnashenden Zuzug von "draußen".

Männergewalt, Verelendung

Ein negativer und in seiner Konkretheit den Protest wesentlich bestimmender Aspekt ist, daß die Alltagsgewalt der üblen



französischen Machos und Vergewaltiger vor diesen neuen gesellschaftlichen Zentren nicht haltgemacht hat. So wurde etwa — um nur einen von vielen Vorfällen der letzten Zeit zu nennen — kürzlich in einem Pariser Vorort ein Mädchen auf der Schultoilette von 5 Jungen vergewaltigt: einige der Nichtbeteiligten schauten zu, einige liefen weg. Von den Vergewaltigern waren charakteristischerweise *drei vom lycée, zwei von außerhalb*. In derselben Woche wurde ein Schulfahrt mit Tränengas niedergesprayt, ein Lehrer niedergeschlagen. Häufig stehen kleine Banden am Schulausgang, verfolgen besonders die jungen Frauen bis zur Bushaltestelle — an der die Wartezeiten oft unerträglich lang sind — und pressen (wenn sie nichts Ärgeres tun) den Schülern oder SchülerInnen Geld heraus: der amerikanische Ausdruck *racketeers* — in einer französisierten Form: *racketeurs* — hat sich hierfür seit langem eingebürgert. Klauereien und kleine Dealereien sind zu einem erzwungenen Massenberuf geworden.

Die Angst vor "der Gewalt", die Forderung nach "Sicherheit", das sind Hauptslogans auf den vielen Demonstrationen der letzten Wochen gewesen, deren TeilnehmerInnen ständig zunehmen. Am Montag, den 5. 11. zählte man in Paris *200.000*, am 12. 11. waren es bereits an die *300.000* — und ohne Zweifel ist mit der Forderung nach "Sicherheit" auch die Angst vor der kapitalistischen Warenanarchie, der Verelendung und dem Chaos gemeint, wie aus zahlreichen, hauptsächlich von den aufmerksamen Journalisten von *Libération* (einer ehemals

linksradikalen, jetzt gemäßigt linkssozialistischen, und nicht regierungsfeindlichen, Tageszeitung) und *Le Monde* gesammelten SchülerInnenstatements hervorgeht.

Einige (auch alte Achtundsechziger) finden diese Sicherheitsforderungen lächerlich, aber mensch sollte es sich nicht so einfach machen. Die kapitalistische Verelendungs- und Verwahrungsgesellschaft bekommen die SchülerInnen unmittelbar zu spüren: in vielen Klassen sind sie zu mehr als 40! Im Jahre 1988 hatten landesweit 1.134 Klassen mehr als 40 SchülerInnen! Heute

haben 67% aller Schulklassen immer noch mehr als 31 SchülerInnen.

Daher sind die Forderungen der schulisches Verwahrten, die sie auf Dutzenden von Demonstrationen bisher erhoben haben, mehr als logisch: mehr LehrerInnen, mehr Räumlichkeiten an den Schulen selbst, wo sich die SchülerInnen treffen können (fehlen an vielen Schulen), mehr Schulangestellte, mehr (studentische) BetreuerInnen: die sogenannten *pions*, in Frankreich ein traditioneller Berufstypus; sie lehnen aber Polizei am Schuleingang ab, mit welcher Forderung Vertreter der rechten Oppositionsparteien sofort aufgekreuzt waren. "Du poignon pour l'éducation!", übersetzbar vielleicht mit "Kröten für die Bildung!" — dies wird immer wieder den horrenden Ausgaben für die Kriegsvorbereitungen am Golf gegenübergestellt. Und schließlich wollen sie Mitsprache bei der Entscheidungsfindung: SchülerInnenvertretungen fehlen bis jetzt völlig.

Ausmaße und Gewichte

Die quantitativen Aspekte der betroffenen SchülerInnenmengen haben allein schon Fabriks- und politisierenden Charakter — daher einige zusätzliche Zahlen, die vielleicht das kleine, tote und durch seine Zeitungstrusts kaputtzensurierte Österreich ein wenig durch ihre Anschaulichkeit agitieren könnten.

Insgesamt gibt es in Frankreich etwa 2.500 lycées, davon sind etwa 1.200 allgemeinbildend, die andere Hälfte ist berufsspezifisch ausgerichtet. Die Gesamtzahl der SchülerInnen beträgt in Frankreich 5,7 Millionen — öffentliche und Privatschulen zusammengerechnet —, davon gehen 1,6 Millionen auf Allgemeinbildende Schulen. An diesen letzteren, sowie an den technischen Fachschulen sind die demographischen Änderungen am deutlichsten sichtbar: im Jahre 1960 gab es an diesen beiden Schultypen 422.000 SchülerInnen, im Jahre 1970 war die Zahl auf das *Doppelte angewachsen*, im Jahre 1985 auf *2 Millionen!* Das "rebellische Potential" in Frankreich, nämlich die Altersgruppe der 15- bis 20-Jährigen *zählt 5 Millionen!* — eine magische Zahl für alle jugendlichen und nicht-jugendlichen Liebhaber dieser Altersstufe, aber auch für die Kenner des Mai 1968, wo die autonome Kultur der Jugend eine gesamtgesellschaftlich bestimmende Dimension erreichte hatte, die von keinem der anderen europäischen Staaten je eingeholt wurde. Auch auf diesem Hintergrund ist das Explodieren nach Jahren der verwalteten Stille zu verstehen.

Arbeitslosigkeit

Nun sind ohne Zweifel die Schulen auch zu Parkstationen vor der Arbeitslosigkeit geworden. Von den etwa 700.000 jährlichen Schulabgängern des Jahres hatten drei Jahre nach ihrem Schulabgang *70% eine feste Anstellung gefunden*; von den Schulabgängern des Jahres 1986 waren es — ebenfalls drei Jahre nach Schulabschluss — *bloß 30%!*

Trotz der nun schon seit Jahren in die Menschen hineingepreßten Ideologie der technischen "Revolutionierung" und "Modernisierung" der Gesellschaft — was es damit auf sich hat, sei am besten am Beispiel der Gleichzeitigkeit von einseitig technologischer Hypertrophie einer bestimmten Branche und andererseits technischer Unterausstattung geschildert: die Universitätsimmatrikulation in Paris ist dieses Jahr obligatorisch per Bildschirmtext durchzuführen; aber sehr viele SchülerInnen vervielfältigen immer noch auf altmodische Weise ihre Flugblätter mit Matritzen! — steigt de facto die Arbeitslosigkeit von Jahr zu Jahr! Von den Jugendlichen unter 25 Jahren waren im vergangenen September *25% arbeitslos gemeldet!* Die *Frauenarbeitslosigkeit* dieser Altersgruppe betrug im Jahre 1985 *30,5%!* Inzwischen konnte sie, im Jahre 1990, auf *24%* gesenkt werden. Die entsprechenden Zahlen für Männer: *21,6%*, bzw. *15,4%*.

Aber diese Zahlen täuschen! Die Stati-

stik konnte beschönigt werden, da eine große Anzahl von Jugendlichen durch "Wiedereingliederungsmaßnahmen", "Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für öffentliche Projekte" und ähnliches kurzfristig und vorübergehend absorbiert werden konnte. Viele bleiben ohnehin nur — weil sie's nicht aushalten — zwei, drei Monate und hauen dann ab. — Ohne Zweifel allerdings waren die Maßnahmen umgreifend: im Jahre 1988 wurden in Frankreich von den genannten Maßnahmen 365.000 Jugendliche erfaßt, im Jänner 1990 270.000, im vergangenen September 229.000. In vielen Fällen ist die Bezahlung allerdings lächerlich, beträgt nur 1/3 des gesetzlichen Mindestlohns, nämlich umgerechnet etwa 3000 bis 4000 S monatlich. Und mit sowas werden die Statistiken behübscht.

Proletarisches Elend flüchtet in den Ausbildungssektor

Also verstärkt die Arbeitslosigkeit den Druck auf die Schulen, und viele von denen, die das *baccalauréat (bac)*, die Matura, schaffen, schauen, daß sie auf die Uni kommen. Aber noch sind die Selektionsmechanismen in Frankreich intransparent und brutal (am brutalsten wohl von allen europäischen Staaten); obwohl die Regierung die Maxime "80% einer jeden Altersklasse sollte das *bac* erreichen!" verkündet hat. — Ein Massen- und Gleichheitsgrundsatz, der wiederum von den rechten Oppositionsparteien unter Beschuß genommen wird. Das Selektionsprinzip, das unbarmherzig hart ist — und davon künden jedes Jahr zahlreiche SchülerInnenselbstmorde — und auf der Universität in widerlich schulischer Weise fortgesetzt wird, bedeutet, besonders für die AusländerInnen und von AusländerInnen Abstammenden, aus der Schule ausgeschlossen zu werden, das heißt, *die allerletzte Chance zu verlieren*. Diese Jugendlichen aber machen bei den Demonstrationen der SchülerInnen mit: *blacks*, wie man auch in Frankreich sagt, und *beurs* (arabische oder berberische Nordafrikaner). Für viele von ihnen stellt die Schule einen Ort von einer gewissen *Wärme* dar, einer Struktur, die noch eine gewisse menschliche *Verbindlichkeit* hat — ganz im Gegensatz zum amorphen und rassistischen "Draußen".

Die konkreten Parteien und Gruppierungen

Über die Köpfe der SchülerInnen hinweg werden parteipolitische Spiele gespielt. Im Jahre 1986 wurde von der Zentralregierung die Verantwortung für Erhaltung und Renovierung der Schulen an die Regionen (was in etwa den Ländern entspricht) übertragen. Nun sind die Regionen zum großen Teil konservativ regiert, und die Sozialisten werfen den Rechten vor, diejenigen Schulen finanziell zu begünstigen, in deren Bereich konservativ gewählt wurde. Jacques Blanc, der Vertreter einer solchen "konservativen" Partei, der *UDF*, brüstete sich kürzlich damit, die Regionen hätten ohnehin schon *200 lycées* in den letzten Jahren renoviert — angesichts einer Gesamtzahl von 2.500 lycées wohl eine etwas schwache

Quote! Die Bausubstanz ist hoffnungslos überaltet, 80% der Baulichkeiten entsprechen nicht den minimalen Sicherheitsanforderungen.

Ein Großteil der DemonstrantInnen lehnt alle diese Parteien, aber auch die Sozialisten ab — im Gegensatz zu 1986, wo manche Protestierende an den Schulen noch kritisiert wurde, wenn er/sie gegen die Regierungssozialisten Partei ergriff — sie wollen aber auch von den beiden "Koordinationen", die landesweit das organisatorische Substrat für die Bewegung darstellen, nicht "bevormundet" oder "vereinnahmt" werden. Die eine der beiden Koordinationen steht der *Kommunistischen Jugend* nahe, die sich mit anderen MarxistInnen, Linken, TrotzistInnen und AnarchistInnen zusammengeschlossen hat; die andere der *Sozialistischen Partei*, sowie der von ihr integrierten Bewegung *SOS-Racisme*. Diese beiden Koordinationen, aber in erster Linie wohl die Jungen Kommunisten durch ihre Mobilisierungskapazität, haben einen Großteil der gärenden Leute erst auf die Straße gebracht — ähnlich wie im vergangenen Jahr der Bund der Jungen Kommunisten Italiens ganz zu Beginn der großen Streik- und Besetzungsbewegung SchülerInnendemos organisierte, deren Forderungen dann aber die der JungkommunistInnen weit überboten (um ganz zu schweigen von der abwiegelnden EG-zentrierten Mutterpartei), die sich radikalisierten und schließlich die StudentInnen ansteckten, so daß letztlich aus der Ablehnung der Privatisierung der Universitäten und der Drittmittelpolitik ein regelrechter antikapitalistischer Kampf wurde, während dessen etwa 40 Universitäten zum Teil bis zu Monate lang besetzt gehalten wurden. Dies zu Italien.

So kann mensch hier wie dort eine (etwas brüchige) Dialektik von sozusagen nützlichen Organisationsidioten und einer teilweise noch halbbewußten, im Standesdenken befangenen, vor dem gänzlichen Privilegienverlust schauernden Masse erkennen, deren wesentlichster und wichtigster Politisator und Katalysator die Vielvölkerchaft ist. Ebenfalls analog zu Italien, wo es seit Jahren einen sehr reichen und weite Teile der Gesellschaft umfassenden antirassistischen Kampf gibt, mit dem sich die dortige vorjährige Studentenbewegung selbstverständlich sofort und praktisch solidarisiert hat, haben auch die beiden antirassistischen Bewegungen, *SOS-Racisme* (die Integrierten), wie auch die Plebejischen, repräsentiert durch die *beurs* und die *blacks*, oder *zoulous*, wie proletarische schwarze Gruppen genannt werden, die SchülerInnenbewegung maßgeblich ausgelöst.

Die sozialistischen Technokraten, die die SchülerInnen (weniger die *zoulous*) schon bald und schnell empfangen haben, sind sehr, man kann sagen schneidend, wortgewandt — das haben sie von 68 gelernt — und bieten blitzgeschwind Szenarios und Befriedigungskonzepte an.

Der (sozialistische) Erziehungsminister *Jospin*, sowie die anderen Regierungs- und

Parteipolitiker wurden von den Demonstrierenden anfangs ungewöhnlich heftig abgelehnt: "Leere Versprechungen, Gewäsch!" Die Angebote des Ministerpräsidenten *Rocard*, die er in der vergangenen Woche gemacht hat, sind wahrhaftig lächerlich: er bietet ab sofort und für ganz Frankreich 1000 Stellen im nicht-pädagogischen Sektor (Verwaltung, Technik und Dienstleistungen), weiterhin 3000 Aufsichtspersonen im Rahmen von besonderen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen an. Das wäre — wenn ich rechnen kann — eine Drittelstelle im nichtpädagogischen Sektor pro Schule, und pro Schule etwa eine Aufsichtsperson gewesen. Die Bewegung antwortete mit einer kalten Ablehnung dieses Angebots.

Die zone

Hauptort des derzeitigen politischen Geschehens ist der riesige Vorortegürtel von Paris — von den eigentlichen Pariser lycées hat bloß ein Teil aus Solidarität mitdemonstriert; äußerst stark aber ist die Bewegung in der Provinz. Für die Pariser zone, den Bereich der riesigen Vororte, kann *Montreuil* als Beispiel angeführt werden, ein Industriezentrum östlich von Paris mit 95.000 EinwohnerInnen, von denen 20% AusländerInnen sind — davon 7.000 bis 10.000 AfrikanerInnen. Seit 1935 hat die Stadt einen kommunistischen Bürgermeister, es ist die zweitgrößte kommunistische Gemeinde nach *Le Havre*; inzwischen haben die Faschisten dort auch Wahlerfolge. Die dortige Schule ist eine der aktivsten im Demonstrationsgeschehen.

Eine der Losungen auf den letzten Demonstrationen war: "*Nous sommes tous de Vaux-en-Velin!*" — Wir sind alle aus Vaux-en-Velin. Dort, in einer Satellitenstadt von *Lyon*, wurde vor etwa eineinhalb Monaten ein einundzwanzigjähriger Körperbehinderter italienischer Abstammung, der mit einem Freund auf dem Motorrad fuhr, von der verhassten Polizei totgefahren: die Streife schnitt dem Motorrad jäh den Weg ab, Folge: Schädelbruch, an dem der Junge zugrunde ging. Daran und an der Anhäufung der vielen Schikanen und Kontrollierereien der vorangegangenen Tage entzündete sich ein Jugendaufstand — der kommunistische Bürgermeister versuchte erfolglos, der Wut Kooperationsangebote zu unterbreiten — der mehrere Tage dauerte, samt Plünderungen von Supermärkten, die für Frankreich ganz ungewöhnlich sind (waren). Für die Gegend sind allerdings solche Rebellionen nichts Neues: im Jahre 1981 hatten bei einer Revolte, an der auch wesentlich *blacks* und *beurs* beteiligt waren, 9 Menschen das Leben verloren.

Auf der großen Demonstration von Montag, den 15., haben multinationale SchülerInnen und multinationales Vororteproletariat *nebeneinander* demonstriert. Die Polizei blockierte unterwegs den vorher (auch mit 5 mitdemonstrierenden, den Kommunisten nahestehenden Einzelgewerkschaften) abgesprochenen Demonstrationzug, was die Leute zur Weißglut reizte.

Wenn einige Zeitungen behaupten, die

Plünderungen sei von einer Minderheit von randalierenden Asozialen durchgeführt worden, so stimmt das nicht: viele SchülerInnen haben erfreut Hosen, Pullover und ähnliches mitgehen lassen, sogar ein Prof war darunter, der eine Hose stahl. Schon dafür, daß mensch auf der Straße liegendes kapitalistisches Wuchergut aufhob, wurde mensch hart bestraft, in den meisten Fällen in der Höhe von mehreren tausend Francs, dazu kam in jedem Fall eine Bedingte, wenn nicht bei bereits Vorbestraften — dies waren meist AusländerInnen — eine Unbedingte.

Die Armut drängt durch die ganze Gesellschaft bis in die verarmte Uni

Und was erwartet die Franzosen, die *beurs* und die *blacks*, sollten sie durch dies alles hindurch auf die Uni gelangen? Es erwarten sie mehr als eine Million einhunderttausend MitstudentInnen, es erwarten sie Räumlichkeiten, die gerade für die Hälfte davon konzipiert sind, es erwarten sie Seminare, die, wie es in *Montpellier* der Fall ist, aufgrund von Raummangel erst *um Mitternacht* stattfinden können (Nachtschwärmer schmatz!); die Universität Montpellier war für 5000 geplant, jetzt studieren dort 14.000 Studenten! In *Tours*, für 10.000 geplant, studiert die doppelte Anzahl: für Übungen mußte in dieser Stadt ein Kino angemietet werden. Die (in Frankreich insgesamt 40.000) Angestellten des Technischen, Verwaltungs- und Dienstleistungsbereiches der Universitäten sind unterbezahlt, der Mindestlohn in dieser Berufssparte beträgt (die für Frankreich extrem niedrige Summe von) 4.380 Francs.

Die Studienzeit ist in drei Zyklen unterteilt und hierdurch zusätzlich selektiv: jeder Zyklus — der erste dauert zwei Jahre, ist also für die 18- bis 20-Jährigen — endet mit einem eigenen Abschlußdiplom. *Jeder zweite Student schafft den 1. Zyklus dieser seit je überverschulnten Universität nicht!* Dies nur kurz zur universitären Verlängerung der Schule.

Geld

Am vergangenen Freitag wurde bekannt, daß ein ad hoc einberufener "Interministerieller Ausschuß" 4,5 Milliarden Francs für Sondermaßnahmen bewilligt hat, um die SchülerInnen zu beschwichtigen — "um den Schülern wieder Hoffnung zu geben", wie es der Ministerpräsident formulierte. 4 Milliarden werden für die Renovierung der Gebäude aufgewendet, 500 Millionen für didaktische Innovationen und Fördermaßnahmen. Ein Teil dieser Summe soll von den SchülerInnen selbstverwaltet werden! Am vergangenen Donnerstag begannen Verhandlungen der beiden Koordinationen mit dem Erziehungsminister Jospin, aber sie wollen, sehr klug, "den Druck der Straße aufrechterhalten", wie sie sagen: für Freitag, den 16.11. wurden für ganz Frankreich *sit-ins* geplant.

Von der zugesagten Gesamtsumme werden 2 Milliarden direkt das Budget belasten; angesichts der jährlichen Reduktion des Haushaltsdefizites, das sich die Soziali-

sten 1988 vorgenommen haben — 1989 konnte es auf 100 Milliarden, 1990 auf 90,2 Milliarden; für 1991 sind 80,2 Milliarden vorgesehen — schlagen die 2 Milliarden wohl nicht sehr zu Buche. Dieser Meinung sind aber nicht alle Regierungsmitglieder. Es ist vorauszusehen, daß das riesige *Ausbauprogramm für Autobahnen und Straßen*, das kürzlich bekannt wurde, zum Handkuß kommen wird. Mensch kann mit Sicherheit einige Querelen zwischen Regierung, Präsident, Finanzministerium und Erziehungsministerium voraussagen.

Zu den Verhandlungen

20 Delegierte der beiden Koordinationen kamen zu den Verhandlungen, die am Donnerstag, den 15. November begannen und den ganzen Tag dauerten. Die FIDL (Fédération Indépendante et Démocratique des Lycéens -Unabhängiger Demokratischer Schülerbund, der Regierungspartei und SOS-Racisme nahestehend) setzten sich gleich in die Mitte, direkt dem Erziehungsminister gegenüber; dagegen konnten die JungkommunistInnen, TrotzkistInnen und anderen protestieren, es half nichts. Eine dritte Koordination tauchte auch noch auf, nämlich MAL (wörtlich "*das Übel*", Abkürzung für "Apolitische SchülerInnenbewegung"), bestand ebenfalls auf Mitsprache: "Der Runde Tisch soll mit Schülern stattfinden, nicht mit Politikern." Sie wurden nicht zugelassen. Dann wollten die Delegierten einen Raum mit Telefon und die Zusicherung, daß Leute von draußen ihnen helfen könnten. "Der Jospin hat seine Mitarbeiter um sich, und kriegt laufend Fax." Das wurde abgelehnt.

Zwischenbeurteilung der KommunistInnen und Linken zu den Verhandlungen: Abgesehen von den 4,5 Milliarden gibts nicht Konkretes", so Amadou Dene, ein 22-jähriger schwarzer Berufsschüler und Aktivist der Jungkommunisten, der mit 17 Jahren aus Dakar nach Frankreich gekommen war. Schwarze und AraberInnen sind selbstverständlich bei beiden Koordinationen dabei. Einige konkrete Sachen wurden bis jetzt erreicht. Die Forderung nach einem nationalen Verantwortlichen für einen Schulnotplan, sowie Notbeauftragte in den einzelnen regionalen Schulbehörden, wurden von Jospin akzeptiert. Weiters Mittelzuteilungen für die notwendigsten Renovierungen. Im Bereich der "schulischen Kommunikation" gab es eine Reihe von interessanten Zugeständnissen: ein generelles *Versammlungsrecht* außerhalb der Schulstunden für "Themen von Allgemeininteresse"; die Garantie, jederzeit *SchülerInnenzeitungen ohne vorherige Zensur* veröffentlichen zu dürfen! Die bisher nicht existierende *SchülerInnenvertretung* wird jetzt möglich sein, unter dem Vorsitz des Direktors allerdings — der stellvertretende Vorsitzende darf ein SchülerIn sein! Der SchülerInnenvertretung einer jeden Anstalt stehen 30.000 Francs zu. Und schließlich ist eine Beteiligung von SchülerInnen an einem Nationalen Erziehungsausschuß vorgesehen. Soweit die bisherige geschickte Regierungstaktik. ●

No Poll Tax!

(Megaphon, No 102/1990)

Seit die Poll Tax am 1. April 1990 in England und Wales eingeführt wurde (in Schottland schon ein Jahr früher), wächst der Widerstand gegen dieses neue Steuersystem, bei dem die Armen mehr, die Reichen jedoch weniger bezahlen müssen als früher ununterbrochen an. Für viele EinwohnerInnen bedeutet die Poll Tax eine massive Steuererhöhung, die sie sich nicht leisten können (siehe Kasten).

Am 31.3.90, einen Tag bevor die erste Poll Tax Rate fällig war, kam es zu einer Großdemo in London, an der 200.000 Leute teilnahmen. Nachdem Spezialeinheiten der Londoner Polizei den bis dahin friedlichen Demonstrationszug angriffen, kam es zu einer zehnstündigen Straßenschlacht, bei der die luxuriöse Londoner Innenstadt radikal leergeplündert wurde. Hunderte von Personen wurden während der "Schlacht am Trafalgar Square" von den Bullen festgenommen und angeklagt. Um diese Leute zu verteidigen und unterstützen, gründete sich die Trafalgar Square Defendants Campaign (Siehe Kasten).

14 Millionen betroffene EinwohnerInnen weigern sich unterdessen, die Roll Tax zu bezahlen und es werden täglich mehr. Landesweit bestehen über 100 Anti Poll Tax Gruppen. Die Behörden sind vollständig überfordert gegenüber dieser massiven Verweigerungskampagne. Zehntausende von Gerichtsverfahren werden von den SteuerverweigerInnen durch juristische

Details in die Länge gezogen und verstärkt das bestehende bürokratische und finanzielle Chaos noch mehr.

Bei der Anti-Poll-Tax-Demonstration vom 20. Oktober in London konnte ich am eigenen Leibe erfahren, wie stark sich der



britische Staat von dieser Bewegung angegriffen fühlt:

Alles fing ganz harmlos an, als wir an jenem kalten aber sonnigen Samstag morgen vor dem Amtshaus in Horseferry Road eintrafen. Die Trafalgar Square Defendants Campaign (TSDC) organisierte dort eine Kundgebung, um über die verschiedenen

gehaltenen sowie bevorstehenden Prozesse gegen die Anti Poll Tax DemonstrantInnen zu informieren. Nach und nach trafen immer mehr Leute ein, bis wir eine Stunde später etwa 2000 mensch stark in Richtung Kennington Park loszogen, wo sich die von

der London Anti Poll Tax Federation organisierte Demonstration versammelte.

Die am Anfang noch ein bißchen ver-schlafene Demo wurde immer lauter und lebendiger, im Kennington Park stießen wir dann auf 40.000 weitere Poll Tax GegnerInnen und zogen gemeinsam zum Brockwell Park. Unzählige von Gruppen, Organisationen und Parteien aus ganz Großbritannien, sowie etliche sich solidarisierende Gruppen aus Westeuropa zogen triumphierend mit ihren Transparenten durch die Straßen von London. Die Gewißheit, daß sich Thatchers Poll Tax trotz der starken Repression nicht gegen den breiten Widerstand des Volkes durchsetzen können wird, sowie die hervorragend spielende Demoband trugen viel zur großartigen Stimmung der Demo bei. Die Bullen begleiteten den Marsch zu Fuß, aber hielten sich ziemlich im Hintergrund.

Nachdem wir um 14 Uhr im Brockwell Park eintrafen, fand dort ein richtiges Volksfest statt. Während auf der offiziellen Bühne (vor allem) PolitikerInnen ihre Reden gegen Thatcher und die Poll Tax hielten, trommelte die Demoband fleißig weiter. Es wurden viele Info- und Bücherstände aufgestellt, und eine Theatergruppe

bezahlte Anzeige:

KURZMELDUNGEN:

Linzer Infoladen

(Linzer Infoladen)

Endlich haben sich ein paar LinzerInnen zusammengefunden, um im Keller der KAPU, Kapuzinerstraße 36, 4020 Linz, einen Infoladen zu eröffnen.

Viele Zeitungsabos und Bücher zu den verschiedensten Themen, wie z.B.: Antifa, Anarchie, Frauen, Gentechnologie, Rechtskunde, AusländerInnenpolitik, etc. sollen in einer gemütlichen Lesecke Möglichkeiten zur Information bieten. Auch Filme zu diesen Themen werden gezeigt, später soll auch ein Verleih stattfinden. ●

Treffer

(verdammst noch mal, seid ihr ned imstande, eine Quellenangabe zu machen?)

(Berlin, 23. Oktober 1990)

Kurz vor Beginn einer Wahlveranstaltung ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Lummer im Berliner Bezirk Friedrichshain durch einen Steinwurf verletzt worden. Lummer berichtete, er habe gemeinsam mit seinem Fahrer in der Nähe des Veranstaltungsortes im Auto gewartet, als der/die Unbekannte plötzlich den Stein durch die Scheibe der Fahrertür geworfen habe. Er habe Prellungen an der Schulter erlitten, sagte Lummer. Als Innensenator war Lummer Anfang der achtziger Jahre für die Räumung besetzter Häuser verantwortlich. ●

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER

Das andere Papier.

WIEN

1020
Springerg. 1
Tel. 2166305

WIEN

1070
Schottenfeldg. 53
Tel. 964307

GRAZ

8010
Glacisstr. 23
Tel. 832703

LINZ

4020
Waltherstr. 2
Tel. 283420

spielte ein Stück über die Poll Tax. Nach der ca. zweistündigen Kundgebung war die von der London Anti Poll Tax Federation organisierte Demo beendet.

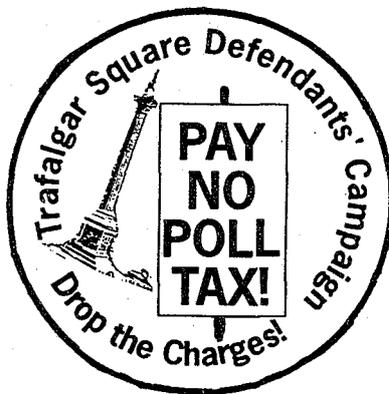
Etwa 3000 unentwegte Poll Tax FeindInnen schlossen sich danach der TSDC an, und marschierten nach Brixton los. Dort war eine bewilligte Kundgebung beim Gefängnis geplant, um gegen die Kriminalisierung der Anti Poll Tax Bewegung zu demonstrieren. Paul Jacob und Karl Hernan sind beide seit der Schlacht von Trafalgar Square am 31.3. in Brixton eingesperrt und warten noch immer auf ihre Prozesse. Außerdem ist Brixton eines der berühmtesten Gefängnisse in Großbritannien. Die traurige Bilanz von 15 Toten in 15 Monaten bestätigt diesen Ruf.

Die Bullen, die sich bis zu diesem Zeitpunkt eher unauffällig und zurückhaltend verhielten, waren jetzt allgegenwärtig und marschierten im Spalier auf beiden Seiten des Demonstrationszuges mit. Wegen der massiven Polizeipräsenz (auf rund 3000 DemonstrantInnen kamen ebenso viele PolizistInnen) wurde die bis dahin unbeschwerte und fröhliche Stimmung plötzlich sehr gespannt. Eine Konfrontation schien vorprogrammiert.

Kurz bevor wir zur geplanten Solidaritätskundgebung beim Gefängnis gelangen konnten, blockierten die Bullen den Demozug aus unerklärten Gründen, und umstellten uns vollständig. Nach etwa zwanzigminütigem Stillstand begannen die Bullen damit, die Leute brutal zurückzustoßen, worauf wir uns mit Steinen- und Flaschenwürfen zu wehren versuchten. Das totale Chaos brach aus. Ich sah Leute mit blutüberströmten Köpfen, getroffen von den Schlagstöcken der Polizei. Wir hatten keine Chance gegen die bewaffneten "Hüter der Ord-

nung"; dieses Mal waren sie in der Übermacht. Sie schlugen uns die Köpfe blutig, trieben uns wie Kühe die Straße herunter und verhafteten willkürlich 120 DemoteilnehmerInnen. Die Solidaritätskundgebung für die Gefangenen endete zynischerweise für viele im Gefängnis.

Um den brutalen Bulleneinsatz zu rechtfertigen, wurden die aus dem Ausland angereisten Anti Poll Tax DemonstrantInnen als Sündenböcke ausgewählt. Die Polizei und die bürgerliche Presse nannten uns europäische Hooligans und Terroristen und be-



haupteten, wir wären für die gewalttätigen Ausschreitungen verantwortlich gewesen. Es ist daher auch kein Zufall, daß die nicht-BritInnen unter den Verhafteten die härtesten Anklagen erhielten. Außer den ausländischen Poll Tax GegnerInnen sprach die Polizei auch die anarchistische Organisation Class War schuldig, für die Gewalt ausschlaggebend gewesen zu sein. Diese Bullentaktik wurde schon einmal erfolgreich nach der Schlacht von Trafalgar Square angewendet, um die Anti Poll Tax Bewegung zu spalten. Damals kündete Steve Nally, Sekretär der All Britain Anti Poll Tax Fede-

ration an, er werde der Polizei Namen nennen von Class War Mitgliedern, und distanzierte sich sofort von dem Verlauf der Demo. Dank der harten Arbeit von der TSDC, sowie der Videogruppe Despite TV, die einen Fernsehfilm gemacht haben, in dem sie den wahren chronologischen Verlauf der Demo aufgezeigt und bewiesen haben, wurde in der Öffentlichkeit allmählich bekannt, daß die größte Randalie die London in diesem Jahrhundert gesehen hat, von einem brutalen Angriff der Bullen auf eine friedliche Demonstration ausgelöst wurde.

Da die Taktik der Londoner Polizei seit dem 31.3. offenbar dieselbe geblieben ist, muß nun die TSDC einmal mehr die Lügen der Polizeidirektion aufdecken und öffentlich machen. Andererseits sieht es ganz so aus, als ob Steve Nally von der All Britain Anti Poll Tax Federation etwas gelernt hätte. In einem weiteren Fernsehinterview über die Demo vom 20.10. verzichtete er diesmal auf seine fiese Diffamierung gegen andere Organisationen in der Anti Poll Tax Bewegung, und verurteilte die Polizei wegen ihres brutalen Vorgehens. Gleichzeitig kündete er die nächste Großdemo gegen die Poll Tax am 30.3.91 an. Ein Jahr nach der Schlacht von Trafalgar Square wird die Anti Poll Tax Bewegung dorthin zurückkehren, auch wenn der Londoner Polizeichef seine Absicht durchsetzen kann, und alle Anti-Poll-Tax-Demonstrationen verbietet.

Venceremos ●

Was ist die Poll Tax?

Bei der Poll Tax handelt es sich um ein neues Steuersystem, bei dem die Armen mehr und die Reichen weniger bezahlen müssen als bisher. Nach dem alten System zahlten nur die Hausbesitzer je nach Wert ihres Haus- und Grundbesitzes sogenannte "rates". WelcheR viel hatte, zahlte auch mehr. MieterInnen wurden die "rates" anteilig auf die Mieten geschlagen. Die "rates" die in allen Gemeinden gleich hoch waren, wurden von der Zentralregierung gesammelt und von reichen auf arme Gemeinden umverteilt. Somit bekamen z.B. Innenstadtbezirke mit hohen Sozialhilfeausgaben mehr Geld, als von den dortigen BewohnerInnen gezahlt wurde.

Bei der Poll Tax müssen innerhalb einer Gemeinde alle EinwohnerInnen über 18 Jahren denselben Betrag zahlen. Die Steuer wird nicht mehr nach dem Wert des Haus- und Grundbesitzes berechnet und ist auch nicht am Einkommen orientiert. Die jeweilige Höhe der Poll Tax wird von jeder Gemeinde selbst festgelegt. Die Gemeinden müssen u.a. damit ihre Ausgaben abdecken. Gemeinden mit hohen Ausgaben, vor allem für soziale Programme, sind gezwungen, die Poll Tax hoch anzusetzen. Landesweit schwankt der eigentliche Betrag der Steuer so zwischen umgerechnet 2.800,— und 16.000,— ÖS jährlich.

Trafalgar Square Defendants Campaign:

Nachdem im Verlaufe der Londoner Großdemo gegen die Poll Tax am 31. März 1990 396 Leute von der Polizei festgenommen wurden, beschäftigten sich über hundert Polizisten rund um die Uhr damit, tausende von Fotos und stundenlang dauernde Videocassetten zu studieren. Dieses Material wurde ihnen zu einem großen Teil freiwillig von Zeitungen und Fernsehen zur Verfügung gestellt, damit Anti Poll Tax DemonstrantInnen von der Polizei identifiziert, verhaftet und angeklagt werden können. Nach zahlreichen Verhaftungen und noch mehr Hausdurchsuchungen, die gezielt gegen Anti Poll Tax AktivistInnen gerichtet wurden, gründete sich die Trafalgar Square Defendants Campaign (TSDC), mit dem Zweck, alle Angeklagten zu unterstützen, unabhängig von deren politischen Vorstellungen.

Ungefähr der Hälfte der 520 Angeklagten vom 31.3. wurde der Prozeß gemacht, mit unterschiedlichem Ausgang. Die meisten Leute mit schwerwiegenderen Anklagen sitzen noch immer im Gefängnis und warten auf ihre Prozesse, ohne daß sie auf Kaution freigekauft werden können. Ein besonders fieser Fall ist der von Robert Robinson, der zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er ein Polizeiauto getreten hatte, nachdem es mit rasanter Geschwindigkeit gegen eine Menschenmenge gefahren war.

Obwohl die TSDC nicht alle Verurteilungen verhindern kann, erledigen sie eine enorm wichtige Aufgabe. Diese Leute brauchen unsere Hilfe! Es gab schon verschiedene Solidaritätsaktionen mit den Poll Tax GegnerInnen, z.B. in Warschau, Amsterdam, New York und der Schweiz (Demo gegen Thatchers Staatsbesuch).

Together we will crack the poll tax!

Trafalgar Square Defendants Campaign

c/o Haldane Society of Lawyers, 205 Panther House, 38 Mount Pleasant, London WC1X OAP

Schade!

Aber noch ist nicht aller Tage Abend

Ernesto Cardenal in Wien und das Skandalchen am Rande

Ernesto Cardenal, weltberühmter Dichter, katholischer Priester und bis 1989 Kulturminister Nicaraguas, war in Wien. Auf Einladung Dietmar Schönherr warb er für verschiedene Hilfsprojekte in Nicaragua, für die seit Jahren in Europa Geld gesammelt wird. Aber auch über Ereignisse rund um seinen Besuch gibt es zu berichten.

(hb)

Im Festsaal des Wiener Rathauses, vor hunderten "Festgästen", darunter viel Prominente der Kulturszene und JournalistInnen, die die Soli-Bewegung sonst nie erreicht, eröffnete Cardenal am 18. Oktober eine Verkaufsausstellung nicaraguanischer Gemälde, las aus seinen Werken. Schönherr sprach über die Leistungen der sandinistischen Revolution, über die Not im Lande, die sich seit dem Regierungswechsel im April vervielfacht hat und über die Schuld der USA am Elend Nicaraguas. Er appellierte an das gute Herz der betuchten lieben Gäste und bat um Spenden. "Wenn jeder von Ihnen nur 1.000.- gibt, können wir das Kulturzentrum der drei Welten in Granada fertigbauen!" Vorher hielt Kulturstadträtin Ursula Pasterk eine ergreifende Laudatio auf den Menschen und Künstler Cardenal. Es kam einiges Geld in die schwarzen Plastiktöpfe, die von schönen Frauen herumgereicht wurden. Die anwesenden AktivistInnen der Nicaragua-Solidaritäts-Bewegung fühlten sich etwas fehl am Platz, aber was soll's? Geld ist Geld!

Soweit, so gut.

Als vier Tage vorher Ernesto Cardenal — mit einem gültigen Visa — in Schwechat landete, da kannten ihn die Grenzorgane nicht. Sie behandelten ihn daher ganz normal. Wie sie eben langhaarige, irgendwie verdächtige Nobodys aus der 3. Welt behandeln. Raus aus der Warteschlange, rein ins Dienstzimmer, mehrmals Gepäck durchwühlen, beleidigende Fragen stellen, nicht Spanisch verstehen, verhören, entwürdigend, seinen Spaß haben, Macht ausüben, AusländerInnen dunsten lassen; fast zwei Stunden lang. Und selbstverständlich die zwei ÖsterreicherInnen, die Cardenal abholen wollten, rüde behandeln, die Auskunft verweigern und nicht mal zuhören.

Soweit, so schlecht.

Aber das Skandalchen kommt noch: Nichts von alledem gelangte an die Öffentlichkeit. Die Einlader hielten es nicht für opportun. Ich erfuhr es erst durch Zufall am Tag der Veranstaltung: Die Gelegenheit wäre günstig gewesen. Immerhin befanden sich der ORF und die meisten Zeitungen im Festsaal. Aber nein, kein Wort. Nicht von Cardenal, nicht von Schönherr und schon gar nicht von Pasterk. Dirkskussion war keine vorgesehen. Als ich nachher Schönherr zur Rede stellte, meinte er, er hätte sich eh beim Innenminister beschwert, dem wäre es sehr peinlich gewesen und man hätte sich bei Ernesto entschuldigt.

Also könne man es vergessen. Ich versuchte, ihm den Unterschied zwischen öffentliche und unter der Tuchent und die Chance des exemplarischen Aufzeigens von Denkweisen und Verhaltensmuster am Beispiel Cardenal zu zeigen; weil uns, wenn es einen Gonzales, Popovits oder Mustafa trifft, sowieso keinE JournalistIn zuhört (wahrscheinlich ebensowenig, wenn es eine Maria, Fatima oder Iwona trifft; Anm. d. Tipperin). Schönherr verstand es nicht. Er war viel zu begeistert von den vielen schönen Hundertschillingscheinen in den Plastiktöpfen. SCHADE! Aber noch ist nicht aller Tage Abend.

Ernesto Cardenal las auch sein, in Grünkreisen oft zitiertes, 1980 geschriebenes Gedicht "Nuevo Ecologia". Dieses Gedicht — ein vom Optimismus getragenes Versprechen der Revolution — 1990 zu hören, stimmte mich traurig. Es heißt darin:

"Und der arme Fluß Chiquito: Sein Unglück — das Unglück des ganzen Landes. Sein Wasser spiegelt den Somozismus. Der Fluß Chiquito von Leon, genährt von Quellen, die Abwässer sind, Abfälle von Seifenfabriken und Gerbereien, weißes Wasser von Seifenfabriken, rotes Wasser von den Gerbereien; Plastikreste im Flußbett, Töpfe, verrostetes Eisen. Das hinterließ uns Somoza.

Klar wird es wieder sein, hell hinuntersinken zum Meer.

Und in den See von Managua fließen die schwarzen Wasser Managuas und die chemischen Abfälle. Und in der Nähe von Solentname, auf der Insel La Zanata: eingroßer stinkender Berg aus weißen Fischskeletten.

Doch schon atmen sie auf, die Sägefische und Süßwasserhaie. Schon ist Tisma wieder voll von Königsreihern, die sich spiegeln in ihren Wassern. Zanatillos gibt es, Piches, Güeses, Knäkenten. Und auch die Pflanzen freuen sich. Die Gürteltiere sind zufrieden mit dieser Regierung.

Wir gewannen die Wälder, Flüsse und Seen zurück. Auch den See von Managua werden wir säubern. Nicht nur die Menschen ersehnten die Befreiung. Die ganze Ökologie seufzte. Die Revolution befreit auch die Seen, Flüsse, Bäume und Tiere." (Aus Platzgründen mußten wir darauf verzichten, die Zeilen in Versform zu setzen; Anm. TATblatt)

Ernesto ist ein Seher. Es scheint aber, als hätte er sich 1980 geirrt; vorläufig! Er rechnete scheinbar nicht mit den Reaktionen und Nichtreaktionen auf die sandinistische Revolution von außen. Ich bin Zeuge für die Weitsicht und den guten Willen der San-

dinistInnen. Ich sah in Nicaragua Berge von Plänen: für Kläranlagen, für die Sanierung des Managuasees, für

Abbau der Monokulturen und Aufforstungen, für Alternativen zur Vergiftung und Zerstörung der Natur. Der Krieg der Contras, der Wirtschaftsboykott, die Not, die Sabotage, die fehlende Hilfe und der Kampf der Menschen um ihr nacktes Überleben ließen die Pläne Pläne bleiben. Das Baden im Managuasee ist noch immer lebensgefährlich, die Flüsse sind vergiftete oder vertrocknen, die Abholzungen gingen weiter, die Monokulturen blieben, das Land versteppte immer weiter. Der gute Wille reichte ohne Geld nur für Pläne, Analysen, Studien und einige Kleinversuche. In Esteli gibt es zwei flache, mehrere hundert Quadratmeter große, Betonbecken; die ersten von neun geplanten Klärbecken. Sie sind Denkmäler einer ökologischen Aufbruchstimmung. 1982 gebaut, sind sie erster Teil eines großen Projektes, das Opfer der Verhältnisse wurde. Heute spricht niemand mehr davon. Ich sah die Pläne. Es ging nicht nur um eine Kläranlage. Am reinen Fluß sollte mitten in der Stadt, dort wo sich seit langem eine Gsetten, die immer mehr zur Müllhalde wird, befindet, ein Volkserholungspark entstehen. Mit Grünanlagen, Promenaden, Cafés und Spielplätzen. Ich sah die Pläne. Sie sind wunderschön.

SCHADE!

Jetzt, unter der antisandinistischen "demokratischen" Regierung?

Erstmals seit Somozas Zeiten gibt es wieder Hungetote in Nicaragua. Von Umweltschutz oder gar Sanierung wird nichtmal mehr gesprochen.

SCHADE! Aber noch ist nicht aller Tage Abend. ●

Die nächste Brigade fliegt am 5. Februar 1991 nach Nicaragua.

Anmeldeschluß: 27. Nov. 90

Nähere Auskünfte bei Rudi (0222/43 88 39 od. 408 61 83)

oder Livia (0222/408 32 83)

oder BrigadistInnentreffen, jeden Di, 19.30 Uhr, Amerlinghaus, Wien 7, Stiftgasse 8.

Dia-Vortrag + Bericht der Arbeitsbrigade Juli 1990 (die erste nach dem Regierungswechsel):

Di, 20. Nov., 19.30 Uhr, Amerlinghaus ●

TATblatt VolxVERzählungs

Ecke

VOLKSZÄHLUNG SABOTIEREN Bloß wie?

(Subversives Zentralamt)

Die Möglichkeiten, mehr oder weniger gegen die Volkszählung zu tun, sind vielfältig, wenn auch unterschiedlich vielversprechend. Auch der Strafraum bewegt sich zwischen Straffreiheit und Lebenslänglich (je nachdem, ob man/frau nur herumrörgelt oder beispielsweise das Statistische Zentralamt in die Luft jagt — BekennerInnenbriefe übrigens bitte wie immer ans TATblatt; 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11 schicken).

Eines jedenfalls steht fest: „...wer wesentlich unwahre oder unvollständige Angaben macht, sonst durch Handlungen oder Unterlassung die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Zählung sowie ihre Durchführung überhaupt gefährdet ... wird mit einer Geldstrafe bis 30 000,— oder Freiheitsstrafe bis 6 Monate bestraft“. So weit steht es einigermaßen klipp und klar im §9 des Volkszählungsgesetzes. Diese Strafe ist allerdings „nur“ eine Verwaltungsstrafe, bleibt also ohne Eintrag ins Vorstrafenregister.

•Der sogenannte „harte Boykott“, also die Verweigerung der Fragebogenausfüllung kann also einigermaßen teuer werden. Da die Bezahlung der Strafe keinesfalls von der Verpflichtung zur Teilnahme an der Volksbefragung freikauf, scheint die in Aussicht stehende Wirkung dieser Aktionsform nicht sonderlich vielversprechend. Trotzdem ist es vielleicht nicht sinnlos, einige Fälle harten Boykotts durch die Instanzen durchzukämpfen. Eine sonderlich breite Beteiligung an dieser Boykottform erscheint aufgrund des hohen Strafausmaßes leider ziemlich unwahrscheinlich.

•Der sogenannte „weiche Boykott“ erscheint in punkto Beteiligung schon vielversprechender. „Dummstellen“ ist nur schwer bestrafbar. Wohlüberlegtes Falschausfüllen der Fragebögen ist auch risikoärmer wie die harte Verweigerung. Da die Volkszählung allerdings nicht tatsächlich anonym ist, ist diese Sabotage-Form auch mit einem gewissen Risiko verbunden. Zu achten ist vor allem darauf, daß sich die einzelnen Angaben nicht gegenseitig widersprechen, da eine automatische Plausibilitätskontrolle durchgeführt wird.

Ein Nachteil des weichen Boykotts ist, daß er nicht sichtbar wird, unspektakulär und verheimlichbar ist. Sein größter Vorteil ist, daß sich auch die Volkszähler niemals

über sein volles Ausmaß im Klaren sein können, und dementsprechend bei entsprechender Beteiligung die Ergebnisse weitge-



ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT — alle 14 Tage aktuell

erhältlich in ganz wenigen Buchhandlungen und Beträgen, im Handverkauf oder sonstwo zum Einzelverkaufspreis von S 10,— oder im Abz: 10 Nummern zum Preis von S 96,— (außerhalb Österreichs zum Preis von S 150,—) GRATIS-PROBENANFANG einfach mit Postkarte bestellen !!
TATblatt — 1060 Wien, Gumpendorfer Straße 157/11, Telefon: (0222) 57 49 543

hend unbrauchbar werden können.

Organisierte Falschauskünfte erhöhen die Effizienz dieser Sabotageform ungemessen. Die Anstellung diesbezüglicher Überlegung sollte hiezu allerdings schön

langsam beginnen, weil's sonst zu spät wird.

•Durch subversive Tätigkeiten im Umfeld der Volkszählung kann freilich auch allerhand erreicht werden, ohne sich selbst freiwillig der Strafverfolgung auszuliefern, wie dies beim harten Boykott der Fall ist. Beispiele, was da so alles möglich ist, gibt es vor allem aus der BRD und Westberlin.

Mittels Hausanschlägen, die offizielle Briefköpfe — etwa vom Bürgermeister — enthielten, wurden beispielsweise nichtsahnende BürgerInnen darüber informiert, daß es gegen die Volkszählung diverse stichhaltige Bedenken gäbe, und selbige deswegen abgebrochen worden sei. Die BürgerInnen wurden aufgefordert, ihre Fragebögen umgehend zu vernichten, was diese auch tatsächlich taten. Nachfolgende Entgegnungen von offizieller Seite kamen oft zu spät. In keinem Fall konnten sie verhindern, daß zahlreiche brave BürgerInnen, die sonst nie im Leben ein Anti-Volkszählungs-Flug gelesen hätten, mit den Argumenten der GegnerInnen konfrontiert worden sind, und diese allzuoft als einigermaßen plausibel erachtet hatten.

Anderswo wurde mittels gefälschten Hausanschlägen vor angeblich falschen VolkszählerInnen mit gefälschten Ausweisen gewarnt. Die wirklichen Ausweise, so war zu lesen, wären an einem bestimmten Aufdruck zu erkennen. Dieser Aufdruck allerdings existierte nur in der Phantasie der VerfasserInnen des gefälschten Anschlages. Und so kam es, daß zahlreiche brave ZählerInnen von ebenso braven BürgerInnen als mutmaßliche VerbrecherInnen verjagt oder der Polizei ausgeliefert worden sind.

Einige dieser Aktionen sollen in den nächsten TATblättern ausführlich dokumentiert werden.

Weitere Ideen bitte ans TATblatt schicken. Wir werden die Vorschläge gerne veröffentlichen. (Sicherheitshalber würden wir empfehlen, keine AbsenderInnenangaben auf die Zusendungen zu machen. Es gibt da immer so Behörden, die verschiedene Sachen so ganz und gar nicht gerne lesen...)

Auch Reaktionen, Diskussionsbeiträge, etc. sind immer willkommen!

TATblatt; Gumpendorferstr 157/11; 1060 Wien •

ANTI-VOLKSZÄHLUNGS- TREFFEN

Montag, 3. Dezember 1990; 19 Uhr
Amerlinghaus; Wien 7, Stiftgasse 8

Dieses Treffen ist nun schon das zweite dieser Art. Inhalt des Treffens soll die Klärung der weiteren Vorgangsweise gegen die Volkszählung sein, sowie die weitere Verbreiterung des Themas. Einige Ideen dazu wurden schon beim ersten Treffen gesammelt. Am 3. Dezember soll es nun weitergehen. Auch Leute, die beim ersten Treffen nicht dabei waren, aber gegen die Volkszählung aktiv werden wollen, sind herzlichst aufgefordert, zu kommen.

Volkszählung 1991 in Österreich

(auszugsweiser Abdruck des gleichnamigen Artikels von Othmar Brigar aus dem „Volkszählungsreader“)

Teil 2

Erfahrungen aus der Volkszählung 1987 in der BRD
(Fortsetzung)

AUFHEBUNG DER GRENZEN DER INFORMATIONSVARBEITUNG

Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken haben die Grenzen der Sammlung, Verwaltung und Aktualisierung von riesigen Datenbeständen technisch nahezu aufgehoben. Diese neue Technik ist charakterisiert durch

- eine Vielfalt an Endgeräten, wie zB Personalcomputer, Bildschirmtext u.ä. und

- den mächtigen vorangetriebenen Ausbau der Netze zu unmittelbaren technischen Verbindungen der neuen Techniken untereinander.

In Bezug auf die Volkszählung ist es heute ohne Schwierigkeit möglich, gleichzeitig Personendaten und Daten aus der Wohnungs-, Haushalts- und Arbeitsstättenenerhebung zu erfassen und auszuwerten.

VERKNÜPFUNGSMÖGLICHKEITEN

Verknüpfung und Kombination der gesammelten Daten waren früher nur in engen Grenzen durchführbar. Die heutige Computertechnik ermöglicht dagegen die Auswertung der erfaßten Daten in kürze-

Der Artikel „Volkszählung 1991 in Österreich“ von Othmar Brigar erschien erstmals in der Zeitung „Informatik-Forum“ 3/1989.

Da der Artikel in der Originalversion sehr sehr lang ist, haben wir ihn fürs TATblatt ziemlich frei gekürzt und in eine mehrteilige Serie umgewandelt (wir hoffen, daß das so in Ordnung geht). Die unveränderte Originalversion ist im Volkszählungs-Reader nachzulesen.

ster Zeit und in beliebiger Verknüpfung und Kombination. Auf welche Art dies geschieht, ist zur Zeit allein von denen abhängig, die das Geld und die technischen Möglichkeiten haben, ihre Interessen durchzusetzen. Die Fragestellungen brauchen dabei noch nicht einmal im Voraus festzuliegen; sie können auch erst im nachhinein formuliert werden, sodaß sie für die BürgerInnen weder durchschaubar noch vorhersehbar sind.

DAS TECHNISCH MACHBARE WIRD GEMACHT

Die Wirtschaft und alle staatlichen Stellen setzen heute in großem Umfang elektronische Datenverarbeitung zu den vielfältigsten Zwecken ein. Die Verknüpfung und Verbindung unmittelbar und auch mittelbar gewonnener Daten aus der Volkszäh-

lung mit den bereits vorhandenen riesigen Datenmengen ist ohne besondere technische Schwierigkeiten möglich. Und es ist schon zur Volksweisheit geworden, daß das technisch Machbare bisher auch immer gemacht worden ist. Immer wieder wird von Volkszählungsbefürwortern betont, die erfaßten Daten würden nur nach den gesetzlichen Regeln für statistische Zwecke benutzt. Wer aber garantiert dafür, daß die

TATblatt VolxVERzählungs

Ecke

technischen Möglichkeiten nicht den Drang erzeugen, die Daten auch für andere Zwecke zu nutzen und auf dem Wege des Gesetzes andere denkbare Zweckbestimmungen festzulegen? Entgegen allen Beteuerungen und öffentlichen Äußerungen zum Trotz beschloß man jedoch schon im Oktober 1950 im bundesdeutschen Bundesland Niedersachsen die Verwendung der Daten für einen anderen Zweck — den Gewerbesteuerausgleich.

SCHEINOBJEKTIVITÄT

Mit automatisierten Verfahren durchgeführte Auswertungen bestechen auf den ersten Blick durch ihre Objektivität. Andere Fragestellungen, andere Annahmen und Auswertungsverfahren, eine andere Bewertung des Stellenwertes von Daten führen aber zu anderen Ergebnissen. Sie geben die Grundlagen ab zur Begründung und Legitimation der jeweils entgegengesetzten Position. Die Objektivität dieser Ergebnisse ist nur eine Scheinobjektivität. Dieser Schein von Objektivität wird immer wieder dazu eingesetzt, zu verschleiern, daß Interessen hinter der mit der Statistik geführten Argumentation stehen. Dieser Schein von Objektivität eignet sich bestens zu dem Versuch, die anderen, sollten sie abweichende Einschätzungen haben, mundtot zu machen. Und obwohl der Volksmund, der ja immer viele richtige Erfahrungen beinhaltet, sagt, Statistik lügt, funktioniert der Schein der Objektivität noch allzu gut.

DER MENSCH ALS DATENSCHATTEN

Hervorstechendes Charakteristikum der Computertechnik bei der Erfassung der In-

formationen über die BürgerInnen und ihre soziale Lebenswelt ist, daß sie erst einmal die Zerlegung und Auflösung des Individuums als soziales Wesen in einzelne Datenbestandteile erforderlich macht. Je nach den verschiedenen Interessen an der Informationsverarbeitung kann durch eine eingeschränkte Auswahl von Daten der Bürger / die Bürgerin oder die Lebenswelt mit Hilfe dieser Technik wieder neu, also künstlich zusammengesetzt werden: der Mensch kann also je nach zugrundeliegenden Interessen und Zwecken rekonstruiert werden (Datenschatten).

COMPUTERSIMULATION

Ein ganz wichtiges Beispiel dafür ist die

sogenannte Computersimulation. Im Computer wird soziale Wirklichkeit in einem

Modell von ihr nachgeahmt. Hierzu werden Informationen über den status quo, also über den Ist-Zustand der Gesellschaft benötigt. Diese Information soll die Volkszählung liefern. Gerade in der heutigen Situation des Sozialabbaus und der Verwaltung des Mangels im Bereich sozialstaatlicher Leistungen wird häufig zum Mittel der Simulation gegriffen. Die Computersimulation erzeugt dann den Schein von Objektivität und Gerechtigkeit. Es wird der Eindruck erweckt, als ergäbe sich eine staatliche Maßnahme aus Sachnotwendigkeiten und nicht aus den vorausgesetzten politischen Interessen, Sozialleistungen abzubauen oder den Mangel an sozialen Diensten möglichst effektiv zu verwalten. Durch den Schein der Objektivität, Gerechtigkeit und des vorgeblichen Sachzwanges aufgrund der Computersimulation wird versucht, daß diese Computersimulation nichts weiteres ist als die interessengeleitete Zerlegung und Neukonstruktion der Lebenswirklichkeit.

VOLKSZÄHLUNGS-READER

erweiterte Neuauflage ·
120 Seiten

allgemeiner, gesetzlicher, geschichtlicher, internationaler und aktionistischer Überblick
zum Preis von S 90,—
erhältlich ab Mitte Dezember
Vorbestellungen an:
Initiative Informatik-Betroffener;
Postfach 168; 1015 Wien

ität und Gerechtigkeit. Es wird der Eindruck erweckt, als ergäbe sich eine staatliche Maßnahme aus Sachnotwendigkeiten und nicht aus den vorausgesetzten politischen Interessen, Sozialleistungen abzubauen oder den Mangel an sozialen Diensten möglichst effektiv zu verwalten. Durch den Schein der Objektivität, Gerechtigkeit und des vorgeblichen Sachzwanges aufgrund der Computersimulation wird versucht, daß diese Computersimulation nichts weiteres ist als die interessengeleitete Zerlegung und Neukonstruktion der Lebenswirklichkeit.

Fortsetzung folgt ●

Zum Silbermayr-Interview

das interview mit dem co-vorsitzenden der kpö, walter silbermayr, soll also nun die "linken" dazu animieren, sich über "linke" strategien und perspektiven, "linke" bündnisse und das verhältnis von "linken" und "radikal linken" den kopf zu zerbrechen. um der gefahr zu entgehen, dauern von "linken" und "linken ideen" zu sprechen, ohne daß der/leser/in weiß, wovon überhaupt die rede sein soll, und um der gefahr zu entgehen, den die leser/in plötzlich mit aussagen wie "es gibt in der kpö und ihrer politik rechte politik in einigen fragen" oder "die kpö ist nicht durch und durch eine linke partei" (2mal walter silbermayr) vor den kopf zu stoßen, soll einleitend gesagt werden, daß die verfasser dieses artikels unter "links" die orientierung an den vier wesentlichen "antis" verstehen, als da sind antifaschistisch, antiimperialistisch, antikapitalistisch und antipatriarchalisch, und daß die echten linken jene sind, die in ihrem denken und handeln diesen prinzipien treu bleiben, und damit dem traditionell linken anspruch, eine progressive, gesellschaftsverändernde kraft zu sein, gerecht werden, und daß die verfasser dieses artikels jene "pseudolinken" vehement ablehnen, die sich aus irgendwelchen gründen selbst als linke bezeichnen, in ihrem denken und handeln jedoch offensichtlich völlig gegen die oben erwähnten linken prinzipien verstoßen.

was nun die unterscheidung zwischen der linken und der radikalen linken anbelangt, so sind es offensichtlich die differenzen, die sich bezüglich der politischen aktions- bzw kampfformen innerhalb der linken und der radikalen linken auf tun, die diese unterscheidung notwendig machen. es ist wohl denkbar, daß einige linke tatsächlich ernsthaft meinen, ihre linken prinzipien und ideale auf parlamentarischer, reformistischer, man könnte auch sagen "gesetzstreu" ebene zu verwirklichen, ohne dabei ihre eigentlichen ansprüche zu leeren worthülsen verkommen zu lassen, doch glauben wir nicht, daß in diesem falle von einem radikalen, d.h. konsequenten, kompromißlosen und an den wurzeln der bestehenden ordnung ansetzenden politischen vorgehen gesprochen werden kann. die radikale linke beginnt dort, wo der glaube an den parlamentarismus und den reformismus endet, und die einsicht gewonnen wird, daß die angestrebten ziele nur durch eine völlige, die grundmauern des herrschenden systems beseitigende umwälzung der gegenwärtigen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen verhältnisse verwirklichtbar sind.

nach diesen einleitenden ausführungen stellt sich die frage, wie nun die aussagen walter silbermayrs zu seiner partei, der kpö, besonders im hinblick auf ein, ständig von ihm angesprochenes, linkes bündnis zu beurteilen sind. es taucht zunächst die frage auf, was man von einem bündnis überhaupt erwartet. geht mensch dabei davon aus, daß mensch von

einem bündnis erst dann sprechen kann, sobald sich verschiedene gruppen dazu entschlossen haben, in gemeinsamem vorgehen ein gemeinsames längerfristig anvisiertes politisches ziel zu verfolgen, so scheinen uns die vorstellungen walter silbermayrs zu einem linken bündnis höchst zweifelhaft zu sein. einerseits spricht er davon, daß ein linkes bündnis "eine bestimmte form von zusammenwirken oder parallelem wirken sein kann und jeder seine spezifischen kampfformen einbringen soll", betont jedoch andererseits ständig, daß die kpö die "autonomen aktionsformen nicht akzeptieren könne". zieht man/frau dabei die durch dieses nichtakzeptieren auftretenden konsequenzen in betracht, wie den von seiten des TAT-blatts im interview angesprochenen konflikt bei der vergangen opernballdemo oder das regelrechte ausliefern radikaler linker bei der antifademo vom 5.10. durch reformistische gruppen, so ist es augenscheinlich, daß die unterschiedlichen auffassungen was aktions- und kampfformen anbelangt hier zu derart eklatanten differenzen führen, daß ein bündnis zwischen diesen gruppen wohl kaum möglich und sinnvoll erscheint.

insbesondere solange die kpö keine "durch und durch linke partei" ist (siehe einleitung), solange sie sich zumindest zu einem teil aus stalinistischen reaktionären zusammensetzt und aktions- und kampfformen der radikalen linken "nicht akzeptieren" kann, würde der kompromiß, mit dieser partei oder ähnlich orientierten gruppen ein linkes bündnis einzugehen, für die radikale linke und ihre ideen politischen selbstmord bedeuten. die radikale linke darf den erfolg ihres politischen vorgehens nicht von der willkürlichen unterstützung bzw. nicht-unterstützung reformistischer bündnispartner abhängig machen, sondern muß sich bewußt ihre identität bewahren, und durch ein kompromißloses distanzieren von einem bündnis mit reformistischen gruppen ihrer linie, linke anliegen radikal zu verfolgen, treu bleiben.

diese tatsache soll freilich die möglichkeiten offen lassen, sich in konkreten fällen, in denen dies vorteilhaft erscheint (aufklärungs-, öffentlichkeitsarbeit...) zur zusammenarbeit mit ähnlich gesinnten gruppen zu entschließen, sich gegenseitig, was wirklich linke anliegen anbelangt, zu unterstützen, und sich in ständiger auseinandersetzung und diskussion um eine annäherung der verschiedenen standpunkte zu bemühen, und sollte z.b. der kpö ihr erneuerungsprozeß wirklich gelingen und sie ihre "vertretung und verankerung in betrieblen, gewerkschaft, gemeinden und anderen bereichen" wirklich dazu nützen, dem "meinungsterror der kronzeitung und der anderen rechten medien" — auch was aktionen der radikalen betrifft — entgegenzuwirken, und soll-

te der platz der erneuerten kpö wirklich im "radikalen spektrum der linken" liegen, etwa als legaler arm oder ähnlichem, so wird es für eine

erneuerte diskussion um ein mögliches linkes bündnis noch nicht zu spät sein.

aaa

LeserInnenbriefe Reaktionen Diskussionen

Nochmal zu Silbermayr-Interview

Wenn der fortschrittliche Flügel der KP die Absicht hat, mit der Autonomen Linken ins Gespräch zu kommen, so ist dagegen nichts prinzipiell einzuwenden. Es muß jedoch klar sein, daß eine künftige Zusammenarbeit, in welcher Form auch immer, nicht darauf hinauslaufen kann, daß die KP zwar Aktionen der Autonome Linke verbal unterstützt, sich aber jeglicher Verantwortung entschlägt.

Selbst in der gegenwärtigen Defensive, in der sich die Linke befindet, muß sich die Autonome Linke zum Thema Zusammenarbeit ihrer guten Stellung bewußt sein und darf sich nicht zugunsten fragwürdiger Stärke eine KP aufhalsen, die in sich gespalten und uneinig ist.

KP-interne Diskussionen kann die Autonome Linke nicht beeinflussen, es wäre aber zu begrüßen, wenn man/frau sich seitens der KP dazu entschliesse, künftig Aktionen der Autonomen Linken nicht in einer Weise zu opponieren, die jene verunsichert, die andernfalls durchaus bereit wären, der Reaktion entgegenzuwirken.

Zum Thema Ernst Kirchwegers Haus ist noch zu sagen, daß nicht jene Vertrauensbruch begingen, die Kooperationsangebote der KP ernst genommen haben, sondern jene, für die diese Angebote nur ein Wahlschmäh waren, der überraschenderweise ernst genommen wurde.

Gruppe für libertäre Aktion
Wien/Linz

Die Lehren aus der Antifa-Demo vom 5.10. ziehen, die Opernballdemo '91 entschlossen vorbereiten

Teil II (Schluß)

In der letzten Nummer des TATblatts ist uns wieder einmal etwas passiert: Beim LeserInnenbrief mit obigem Titel fehlt der Schluß (dafür war eine Termin-Spalte doppelt). Diesmal ist der Computer unschuldig, es handelte sich schlicht und einfach um menschliches Versagen: Der Brief war nicht fertig eingetippt und niemand ist es rechtzeitig aufgefallen. Jetzt wollen wir die Sache wieder gut machen und setzen fort, wo wir aufgehört haben:

9. Die AntifaschistInnen dürfen nicht verarscht werden.

Die Tatsache, daß trotz relativ schwacher Ankündigung ca 500 TeilnehmerInnen zu einer Demonstration gegen Faschismus, Rassismus und AusländerInnenfeindlichkeit kamen, zeigt, daß es eine Anzahl von Leuten gibt, mit denen nähere Kontakte geknüpft und die in den Aufbau einer militanten Antifa-Bewegung einbezogen werden können. Das dürfen wir nicht der SJ, KJÖ und den Grünen überlassen.

Gleichzeitig zeigt sich aber die katastrophale Unfähigkeit der Organisation dieser Kräfte auf einer klaren und konsequenten Grundlage. Wenn es nicht gelingt, in dieser Frage Fortschritte zu machen, dh, wenn diese Leute weiterhin Niederlagen erleben, wird die Zahl der TeilnehmerInnen an Aktionen sicher nicht wachsen, sondern noch kleiner werden.

Die brutale Einkesselung und Zerschlagung dieser Demonstration durch die Polizei und die von Polizei-

präsident Bögl angekündigten Anzeigen an das Strafgericht wegen "bewaffneter Teilnahme an einer Demonstration" (Neues Volksblatt, 8. 10. 90) zeigen, daß die Herrschenden jede Schwäche von uns brutal ausnutzen. Sie haben die eytreme Zerrfahrenheit und Unentschlossenheit rasch erkannt und treffen sicher schon seit längerem ihre Vorbereitungen, zB insbesondere für die kommende Opernballdemo.

10. Ohne politische Klarheit keine erfolgreiche Praxis.

Um wirklich Fortschritte im Aufbau einer militanten antifaschistischen und antiimperialistischen Bewegung zu machen, muß Klarheit geschaffen werden, daß es mit reformistischen Organisationen und gar Ablegern der Regierungspartei nicht möglich ist, gemeinsam zu kämpfen. Auch wenn sich einzelne Reformistengruppen verbal militant geben, zeigt sich spätestens in der Aktion, daß sie eine extrem zersetzende und desorganisierende Rolle spielen. Je entschiedener wir uns von derartigen Reformistengruppen politisch und organisatorisch abgrenzen, desto eher werden wir auch vereinzelt noch unentschlossene Sympathisanten dieser Reformistengruppen auf unsere Seite ziehen können.

einige TeilnehmerInnen an der Antifa-Demo vom 5.10

LeserInnenbriefe Reaktionen Diskussionen

Zu ErotiKreativ

Liebes TATblatt!

Eure Berichte über die "Erotik-kreativ" möchte ich doch ein bißchen ver-rücken. Klar, wir, die das verbrochen haben, sind alle miteinander von dem bürgerlichen gesamtgesellschaftlichen Desaster ziemlich geprägt, also stimmt's, die Ausstellung war ziemlich bürgerlich.

Auch die Libertine (Sado-Masochismus-Initiative, Anm.), bei der ich mitmache, hat wenige Leute mit linkem bis alternativem Bewußtsein. Wir haben überhaupt wenig Mitglieder, so 10 bis 15; Sachen betreiben davon vielleicht vier oder fünf!

Die sexuelle Leidenschaft hat hier in Wien wenige KämpfInnen und Kämpfer. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die, die nicht mitkämpfen, es wenigstens libertär treiben. Die Libertinage, die Sexualität in ihrem eigentlichen Ernst, hat hier in Wien keine Lobby. Da verkommt dann sehr schnell unsere Aktivität zur bloßen "Aufklärung und Öffentlichmachung". Der Typ vom TATblatt fragt also schon zu Recht, wo der emanzipatorische Charakter, die "Entlarvung der Herrschaftsverhältnisse" geblieben ist.

Mein Beitrag zur Erotik-kreativ bestand in 3 Texten für den Katalog und dem "Projekt Manfred Strill", das ich (als "Objekt") gemeinsam mit Walter Reichl erarbeitet habe. Parallel dazu formulierte ich das Liberale-Info für die AusstellungsbesucherInnen neu und legte davon 1500 Stück zur freien Entnahme auf. Auch werden wir am 21. 11. eine Podiumsdiskussion halten, bei der unter anderem diskutiert werden soll, ob Libertinage ein Wert sei.

Beim Projekt Manfred Strill ließ ich mich 14 Tage lang rund um die Uhr nackt zur freien Verfügung aller in Ketten legen. Dazu spielten wir die kompletten Zita- und Kreisky-Begräbnisse (zusammen 11 Stunden ORF-Übertragungen!). In einem Video-Interview, das Walter mit mir machte, wurde vor dem Raum meiner Haft klipp und klar die Stoßrichtung unserer Aktion präsentiert. (Originalzitate: "Die Anmaßung, Staat zu sein, Staat zu machen..." oder "Wie ein Schwein die Trüffeln, riechen masochistische Lüsterne die Unterjochung"). Zusammengefaßt hier nochmals die Gründe für unsere (nicht unstrapaziöse!!!) Aktion:

- Stolze Manifestation unserer Geilheit, bedacht ausgeführt
- Achtung aller Gewalt
- Öffentliches Laboratorium für SM-Kultur

- Mahnwache für eine sexualitätsfreundliche Gesellschaft

Durch die Radikalität der langen Dauer rund um die Uhr, wurde implizit auf die Permanenz unserer Sexualität und das Recht auf sie hingewiesen!! Es gab dort insgesamt (was ja eigentlich wenig ist) 15 körperliche Interaktionen. Vier davon waren so geil, daß ich absolut erregt wurde, dies geschah in Wien (!), während die AusstellungsbesucherInnen weiterhin ihre Runden im Ausstellungsraum machen und Groer weiter der Zita predigte. Wenn mir danach war, holte ich mir dort auch vor den Leuten einen runter: Ich denke, da ist schon ein gesellschaftssprengender Akt gesetzt worden.

In den Texten von mir (die auch noch in Gestalt alter Unter-Druck-Hefte auflagen), habe ich (für mich schon penetrant oft) die Unterdrückung und Gewalt in ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen beschrieben. Unter anderem habe ich sofort nach Gründung des TATblatts in jedem Unter Druck, an dem ich mitarbeitete, Werbung fürs TATblatt gemacht.

Im Katalog zum Beispiel steht von mir zu lesen: "Gegrüßt wird jetzt von oben nach unten, die Eltern gehorchen ihren Kindern auf's Wort, die Gehaltspyramiden stellen wir auf den Kopf ..." und an anderer Stelle: "Die Industriegesellschaft also jagt uns zum Teufel, und wir gehen glatt. Denn dort, wo wir jetzt sind, ist es nicht zum Aushalten".

Also, einige von uns wissen schon, was sie tun. Vielleicht gibt's unter den Leuten, die das TATblatt lesen, einige, die uns helfen (oder auch kritisieren; Anm. d. Tipperin) wollen. Arbeitstreffen jeden 1. Freitag im Monat im WUK, Stiege V.

Euer Hermes, die Sau.

•

Anm: Dieser Brief traf inhaltlich innerhalb des TATblatt-Kollektivs auf weitgehende Ablehnung. Über die Frage, ob wir ihn trotzdem abdrucken sollen, entbrannte ein intensiver Streit. Beschlossen wurde, in der Erwartung auch weiterer Reaktionen, den Brief mit einem Kommentar unsererseits abzu drucken. Leider ist unsere Stellungnahme gewissermaßen einem Grippe-Virus zum Opfer gefallen. Wir werden sie im nächsten TATblatt nachholen.

Junge Volkspartei

Landesverband für Niederösterreich
Waldviertel, Markt 11, 3400 Waidhofen
Telefon 02842 21 11
Telefax 02842 21 11

Graz, am 13.11.1990

Liebe TATblatt-Mitarbeiter!
Liebe TATblatt-Mitarbeiterinnen!

Im Zuge einer Diskussionsveranstaltung habe ich ein Exemplar Eurer Zeitung (Nr. Minus 01) erstanden.
In dieser Ausgabe ist unter anderem ein Artikel unter dem Titel "Keinen Meter mehr!" abgedruckt. Ich möchte aber jetzt gar nicht näher auf den LKW-Transit oder andere Verkehrsprobleme eingehen; zutiefst betroffen machte mich das von Euch gewählte Foto! Ein Foto des Sprengstoffattentats auf den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Herrhausen, in diesem Zusammenhang abzurufen, kann mit dem Wort Geschmacklosigkeit noch nicht einmal annähernd umschrieben werden. Dieses Foto stellt nichts anderes als die unmittelbaren Folgen blanker, menschenverachtender Gewalt dar und hat mit der Verkehrsproblematik nicht das geringste zu tun! Die Autobahn, auf der das Foto gemacht wurde, steht wohl in keinem ursächlichen Zusammenhang zu dem, was dort passiert ist! So ein Fotohgriff darf meiner Meinung nach nicht einmal versehentlich passieren.

Mit freundlichen Grüßen!

Christopher Drexler

NEU: Diese Pickerl gibt's jetzt bei uns gegen Rückporto und eine kleine Spende zu bestellen:

KEINEN METER MEHR!



STOPP DEM AUTO-TERROR **TATblatt**

WIR SUCHEN:
HAND-
VERKÄUFER/INNEN
(viele)
(sofort)

Wiederverkaufsexemplare sind jeden Montag zwischen 16 und 20 Uhr im TATblatt-Wien-Büro (Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11) abholbereit. Genauere Infos: (0222/5749543). HandverkäuferInnen in den Bundesländern werden über die TATblatt-Regionalgruppen oder auf dem Postweg beliefert.

NEU: Wiederverkaufsexemplare sind ab sofort tagsüber in der SOWI-Fachschaft der Uni Wien in'm Hauptgebäude abholbar.

ALLE 14 TAGE ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT.
Gratis-Probe-Exemplare anfordern: TATblatt, 1060 Wien, Gumpendorferstr. 157/11

Termine:

LINZ

KAPU

Sa.24.11.20h: EXTENDED VERSIONS (a), MAISCHE (a)

So.09.12.20h: HDQ (gb), The ABS (gb)

Do.20.12.20h: NEGAZIONE(it), BITCH MAGNET(usa)

AUSSERDEM:

*Monatlich gibt's Frauenfrühstück! Termin erfragen unter (Kapu-) Tel.279660!

*Jeden Mi 19h INFOLADEN + gleichzeitig TATblatt-Treffen

SCHWERTBERG

KANAL

Sa.24.11.: Solifest für Andi: Andi hat einen Hang zum Demonstrieren. Deshalb hat Andi Schwierigkeiten. Andi hatte einen Prozeß wegen § 188 (Herabwürdigung religiöser Lehren). Das ist teuer. Was tut Andi? Er macht ein Solidaritätsfest in KANAL. Was heißt Solidarität? Solidarität ist, wenn ganz viele Leute zu Andis Fest kommen und Eintritt bezahlen, damit Andi dann das Geld hat, um das Ganze zu bezahlen. Andi hat auch Freunde eingeladen, die für die anderen Gäste Musik machen und eine "KIM IL SUN"-Lesung, und Andi spielt euch auch was vor auf seinem Kontrabaß. Kommst du auch?

GRIESKIRCHEN (OÖ)

ROSSMARKT (Roßmarkt 1)

ANTIFASCHISTISCHE VERANSTALTUNGSREIHE:

Fr.23.11.20h: AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG: "Sieg der Waffen, Sieg der Wiegen" – Frauen im Nationalsozialismus. Live-Musik mit der Gruppe GOJIM.

Geöffnet ist diese Ausstellung von 23.11. – 07.12. Jeweils nachmittags und bei Veranstaltungen, bzw nach telefonischer Vereinbarung (07248/4097)

Fr.30.11.20h: Podiumsdiskussion: "Zum Beispiel Wels – eine braune Stadt?"

Zur Diskussion stehen Welsere Vorfälle faschistischer Prägung, wie zunehmende Gewaltaktionen von jugendlichen Neonazis, das Verbot für AusländerInnen in der Hawai-Bar, Sammeln von Unterschriften gegen angebliche Belästigungen von Welsere BürgerInnen seitens der AusländerInnen und einiges mehr. Ebenso sollen Fragen der Errichtung einer Infrastruktur für AusländerInnen sowie Integrationsmöglichkeiten erörtert werden. Eingeladen: Bgm Bregartner, Vizebgm. Wigelbeyer, FP-Obmann Wieser, Grüalt-Gemeinderat P. Gengler, sowie der Linzer Historiker Kropf und JugendvertreterInnen. Wird das Podium nicht zureichend besetzt (bis dato keine konkreten Zu/Absagen), wird die Veranstaltung zu einem Infoabend mit anschließender Publikumsdiskussion umfunktioniert.

Achtung: Diese Veranstaltung findet im ALTEN SCHLACHTHOF WELS statt!

Sa.01.12.20h: ANTIFA-FEST: Für Freundschaft und Völkerverständigung

SPY, WIENER TSCHUSCHENKAPELLE

Achtung: Diese Veranstaltung – organisiert von ROSSMARKT 1 u. Initiative Welsere gegen Faschismus – findet im ALTEN SCHLACHTHOF WELS statt.

Mo.03.12.20h.: VORTRAG + DISKUSSION: "Praxis und Ideologie des Nationalsozialismus" mit Hermann Langbein

Zur Person H.Langbein: geb. 1912, 1933 Eintritt in KPÖ, 1938 Flucht nach Spanien, Teilnahme an Kampf gegen Franco – Internationale Brigaden, nach Sieg Franco ab 1939 in franz. Lager interniert, 1941 als ehem. Spanienkämpfer nach Deutschland ausgeliefert, KZ Dachau inhaftiert, 1942 nach Auschwitz überstellt, Mit-

glied der Leitungsgruppe der internationalen Widerstandsorganisation im Lager, 1944 nach Norddeutschland ins Stammlager und verschiedene Nebenlager des KZ Neuengamme, 1954-1961 Generalsekretär des internationalen Auschwitz-Komitees, ab 1963 Sekretär des Komitee International des Camps
Fr.07.12.20h.: FILM + DISKUSSION: "Jugendarbeit gegen rechtsextremistische Orientierung" mit Reinhold Gärtner (Sekretär der Gesellschaft für politische Aufklärung)

PLANK am KAMP

KULTURGASTHAUS "Weißes Rössel"

Sa.01.12.20.30: THE SCREAMING BLUESBLASTER (Muddy Waters, John Mayall, B.B. King); WOODSTONE PROJEKT; Rockiges aus den "roaring sixties"

Sa.15.12.21h: Arabischer Abend, 1001 Nacht

WIEN

FLEX

Boiler Live Pool

Mi.21.11.: FUCKHEAD

Mi.28.11.: Naked Lunch

VEGA BÜHNE

1, Gonzagagasse 11, Tel.: 53 353 14

KINDERTHEATER PING-PONG (Ensemble Cache-Cache) spielt "Vorsicht Grenze"

Es ist das 1. Kindertheaterstück des Ensembles und zeigt eine Mischung aus Slapstick, Pantomime, Tanz und Akrobatik mit wenig Sprache. Die verwendeten Objekte werden in den verschiedensten Situationen anders eingesetzt, sodaß die Phantasie stets aufs Neue angeregt wird.

08.12., 09.12., 22.12., 23.12. jeweils um 16h

BACH

So.18.11.20h: FREE STYLE TOTALO: SERIOUSOUND-SYSTEM, D. Diederichsen, R. Miemczyk, H. Nieswandt, D.Scheuring. Free Style von Dance Hall über 70ties Disco und Jazz Dancefloor zu House/Hiphop

Di.20.11.19h: Podiumsdiskussion: DIE GOLFKRISE. Die Auswirkung des Golfkonflikts auf die Situation der PalästinenserInnen. ReferentInnen: Charlotte Teuber, Vertreter(innen?) der SPÖ, KPÖ, GAL und der PLO

Mi.21.11.20h: HEAVYMENTALMUSIK: KARL WILHELM KRABAVAC

Fr.23.11.20h: Underground: LOVE GRAVE(a)

Mi.28.11.20h: Plattenpräsentation: HERBY SMITH DEPARTMENT (a)

Fr.30.11.20h: Jazz: MARKUS-RATHS QUARTETT (h, ch, brddd)

Cl-Club International

Mo.19.11.20h: Videofilm: 1900 (Bertolucci) 1.Teil

Di.20.11.20h: Videofilm: 1900 (Bertolucci) 2.Teil

Di.27.11.19h: MISSPEK-Treffen: Die MieterInneninitiative gegen Sanierungsspekulation lädt alle Betroffenen ein, über Schikanen von Hausinhabern bzw. Hausverwaltern zu diskutieren.

VHS Margareten

1./2.12.: Fachtagung: SEXUELLER MISSBRAUCH VON MÄDCHEN UND BUBEN, Ursachen und Folgen für Männer

KLEINE GALERIE

Gesellschaft der Kunstfreunde, 8, Neudeggerg. 8

Mi.21.11.19h: ERNST KOSTAL: TEXTE ZUM TERRORISMUS DER INSTITUTIONEN; jo lebds es am mond oda homs eich de sinnesogane zuapikd?

BILDUNGSHAUS LAINZ

13, Lainzerstr.138

Di.04.12.19h: MENSCHENRECHTE IN EL SALVADOR, Michael F.Czerny S.J., UCA/San Salvador, Vortrag zum Jahresgedächtnis der Ermordung von sechs Jesuiten und zwei Mitarbeiterinnen an der Zentralamerikanischen Universität (UCA) in San Salvador am 16.11.1989

RENNERINSTITUT

12, Eingang Hofingerg.28, 1.St., Plenarraum
Mo.26.11.19h: Rebeca Martinez (Kommandantin der FMLN): ENTMILITARISIERUNG DER GESELLSCHAFT – DER WEG ZUM FRIEDEN IN EL SALVADOR, Einleitung Peter Jankowitsch, Video: "Kirche unter Feuer" von Leo Gabriel

SCHIKANEDER KINO

4, Margaretenstr.24, Tel:587 02 62

GAY FILM FESTIVAL Internationales Schwulen- und Lesben-Filmfestival, gemeinsam veranstaltet von: Homosexueller Initiative HOSI und Wiener Schikaneder Kino
Fr.23.11. – Do.13.12.

AUF-Termine

Fr.23.11.19h: "Man hat ja nichts gewußt", Lesung der AUF-Frauen in Ebensee
Sa.15.12.10-17h: AUF-Flohmarkt gegen den Weihnachtsstreß, 1, Kleeblattgasse 7

VHS-Ottakring

Sa.01.12.19h: "Affidamento" – eine neue politische Praxis? Diskussionsveranstaltung mit Luisa Muraro, Lia Cigarini und Traudel Sattler (Liberia delle Donne di Milano). Am Samstag besteht die Möglichkeit, die Diskussion in Form eines Arbeitskreises weiterzuführen:
So 02.12.11h: Willendorf, 6, Linke Wienzeile 102, eine Veranstaltung von Stichwort Archiv der Frauen und Lesbenbewegung. Bibliothek. Dokumentation, Multimedia. 9, Bergg.5/24

DEMO:

Protestkundgebung gegen die Abschiebung von RumänInnen, Visumpflicht und den Einsatz des Bundesheeres an der Grenze
Freitag, 23. 11., 16.00 Uhr, Bahnhof Wien-Mitte

AKTIONSTAG:

"NEIN zur Gewalt gegen Frauen"
Sonntag, 25. November

PROZESS:

Prozeß gegen Carsten
(Carsten wurde bei der Anti-Opernballdemo 1989 als Lenker des Demobusses festgenommen)

23. November

11.30 Uhr

Wien 7, Florianigasse 8,
1. Stock, Saal 3

Das TATblatt

ist ein 14-täglich erscheinendes selbstverwaltes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgeboten zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erduldende und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. usf. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Numerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

Die TATblatt-Kollektive:

TATblatt-Wien: 1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11; Telefon: (0222) 57 49 543; Plenum: jeden Donnerstag um 19 Uhr

TATblatt-Graz: Kontakt: 8010 Graz, Kastelfeldgasse 34/16

TATblatt-Linz: Treffen:

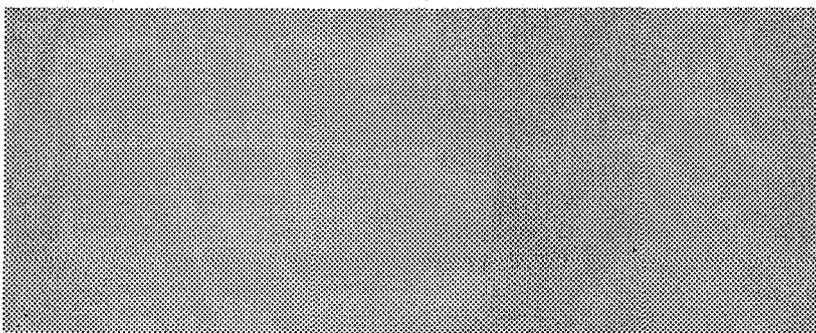
NEU: jeden **Dienstag(!)** um 19 Uhr im KAPU (Kapuzinerstraße 36)

TATblatt-Innsbruck: Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

...im Abo:

Ein TATblatt-Abo kostet S 96,— für 10 Ausgaben oder S 190,— für 20 Ausgaben, sofern deine Postanschrift innerhalb Österreichs liegt. Außerhalb dieser Grenzen kostet ein 10-Nummern-Abo S 150,—. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, durch freiwillig erhöhte Abogebühren das TATblatt finanziell zu unterstützen.

TATblatt-Abos beginnen an dem Zeitpunkt zu laufen, zu dem die Abogebühren bei uns eingelangt sind (und zwar ausnahmslos!) Also: Wenn du abonnieren willst, so zahle möglichst rasch den beiliegenden Erlagschein ein. Falls keiner beiliegen sollte, so überweise das Geld auf P.S.K. 7547 212; Empfängerin „Unabhängige Initiative Informationsvielfalt“ eintragen! Das Abo endet automatisch nach Auslieferung von 10 oder 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch Neu-Einzahlung verlängert wird.



P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst!

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 57 49 543 **Konto:** P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck



„Ihr Ratten“
(Revolutionsbräuher über das TATblatt)

Unsere redaktionsnahe Ratte Maus, alias Franz, alias Fifi, alias Schnuffi, alias Servas, ist am 13. November um 12 Uhr im Alter von ungefähr zwei Jahren nach kurzem Leiden von uns gegangen.

Wir bitten, von Kranz- und Blumen-Spenden abzusehen. Es wäre sicherlich auch im Sinne des Verstorbenen, die betreffenden Beträge an dessen statt auf das Konto P.S.K. 7547 212 (Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) zu überweisen.

...und im Einzelnen:

WIEN 1: ● BH Brigitte Hermann (Grünangergasse 1) ● BH Kollisch (Rathausstraße 18) ● BH Südwind (Kleeblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kärntnerortpassage – beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) **WIEN 2:** ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) **WIEN 3:** ● BH Sprachlos (Radetzkystraße 6) **WIEN 6:** ● BH/Platten VKA (Stiegengasse 20) ● Beisl KuKu (Linke Wienzeile 98) ● Platten Why Not (Otto Bauer Gasse 16) **WIEN 7:** ● Naturmarkt St Josef (Zollergasse 26) **WIEN 8:** EZA („3.W“ EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) **WIEN 9:** ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) ● Autonome Selbsthilfe (Marktgasse 21 bis 23; Mo/Di/Do 16-20; Mi 13-20) ● BH Monte Verita (Hahngasse 15) **WIEN 10:** ● BH Schiebl (Laxenburgerstraße 48) ● MieterInnen-Interessensgemeinschaft (Antonsplatz 22; Mo&Mi 15-18.30) **WIEN 12:** ● FLEX (Arndtstraße 51) **WIEN 15:** ● Antiquariat W. Simon (Iheringgasse 13; Do 15-20; Fr 15-18) **WIEN 16:** ● Beisl Cl: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21) **GRAZ:** ● Friedenswerkstatt (Paulustorgasse 3) ● Dradiwaberl-Antiquariat (Zinzen-dorfergasse) ● Bücherstube (Prokopigasse 16) **LINZ:** ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz) **INNSBRUCK:** ● Am Haven (Innrain 157) ● BH Parnaß (Speckbacherstraße 21) ● Café Ultimatum (Dreiheiligenstraße 9) **SCHWERTBERG:** ● Kulturverein KANAL (Joseftal 21) **SCHWAZ IN TIROL:** ● „Dritte Welt Laden“

Änderungen vorbehalten! Stand November 1990